

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 16. April 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Hindenburg gewählt! — Auf zur Preußenwahl!



Es liegt uns welkenfern, Jubelhymnen über den Sieg Hindenburgs anzustimmen. Bei 36,6 Millionen abgegebenen Stimmen erhielt Hindenburg 19 359 042 Stimmen, Hitler 13 417 460 und Thälmann 3 706 388 Stimmen. Die Eisene Front hat also ihre Schuldigkeit getan. 5 bis 6 Millionen Gewerkschafter insbesondere haben Hindenburg gewählt, um Hitler zu schlagen. Aber die 13½ Millionen Hitler-Stimmen bleiben doch ein höchst bedenkliches Symptom für die politische Unreife des deutschen Volkes! Wir sprechen dabei offen aus, daß insbesondere ein Teil der Jugendlichen zwischen 20 und 25 offenkundig unter Politik etwas anderes versteht als derjenige, der sich mit ernstem Bemühen an Hand wirtschaftlicher und sozialer Tatsachen und Erkenntnisse die politischen Zusammenhänge klarzumachen bestrebt ist. Wir müssen also — und das ist eine der wichtigsten Lehren dieses Kampfes — in wesentlich verstärktem Maße die Aufklärung und Agitation bei den Jugendlichen betreiben!

Und ein weiteres Ergebnis ist der fürchterliche Reinfall der Thälmann-Kommunisten. Von einer Fünf-Millionen-Partei sanken sie auf 3,7 Millionen Stimmen herab. Das läßt auf eine beginnende Erkenntnis der Arbeiterschaft zur Abkehr von der Phrasenpolitik schließen.

Am stärksten aber muß in den Vordergrund des Wahlergebnisses gerückt werden (wie man ganz bequem aus den zahlreichen Wahlkreisen — wenn auch nicht so offensichtlich wie in Berlin, Leipzig und Hessen — erkennen kann): die kommunistischen Wähler Thälmanns sind im zweiten Wahlgang zu Hunderttausenden zu Hitler übergegangen! Ist es eigentlich denkbar, daß das in solchem Ausmaß ohne interne Parole kommunistischer Unterführer erfolgt ist? Aber welcher Wahnsinn steckt in dieser Ziffer! Bisher war es mehr die „ideologische“ Vermischung — wenn man den Phrasenbrei und die Demagogie mit diesem Ehrenwort bezeichnen kann — zwischen der Hitler- und Thälmann-Armee. Nun aber ist auch die Praxis gefolgt und den gemeinschaftlichen Versammlungen mit friedlicher Aussprache, dem gemeinschaftlichen Volkenscheid gegen Preußen kommt nun als „Kronung der gemeinsamen Interessen“ das Hinüberwechseln der Kommunisten zu Hitler. Es ist natürlich schwer zu sagen, ob diese Erscheinung vorwiegend von Landsknechtsnaturen, die ja in beiden Lagern sehr zahlreich sind, kommt oder hier kalte nüchterne Erwägung mit der unsinnigen Parole zusammenhängt: „Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie!“ Ganz simpel ausgedrückt, könnte man sagen: „Da haben wir den Scheringersalat!“ Oder anders und ernster: Auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft fehlt noch die politische Durchbildung in einem Ausmaß, das erschreckend ist!

Und nun zur Preußenwahl. So bedeutungsvoll außen- wie innenpolitisch für ganz Deutschland die Reichspräsidentenwahl gewesen ist, für die wirklichen Machtverhältnisse fast noch entscheidender sind die Landtagswahlen für Preußen, die am 24. April vor sich gehen. Man kann sagen, daß der Ansturm der gesamten Reaktion unter Hitlers Führung in erster Linie Preußen gilt. Das sogenannte „System“, gegen das der Kampf geführt wird, wird zwar von Hitlers Anhängern (die zu einem erheblichen Teil nur gefühlsmäßig Politik treiben und über die einfachsten politischen Tatsachen wenig informiert sind), als „marxistisches System“ bezeichnet. Im Deutschen Reich gibt aber bekanntlich seit 1930 kein Sozialdemokrat im Ministerium. Man setzt also bei den Wählern nicht einmal die einfachste Personalkennntnis voraus, um desto besser mit demagogischen Schlagworten arbeiten zu können. Auch in Preußen hat die Sozialdemokratie niemals eine Mehrheit besessen, weder im Parlament noch im Ministerium.

Seit Anfang 1919 regiert die sogenannte Weimarer Koalition (Zentrum, Sozialdemokratie und Staatspartei), und es läßt sich einwandfrei feststellen, daß das einstmalig junkerlich beherrschte Preußen im Zeitalter des Dreiklassenwahlrechts, also in der Vorkriegszeit, einer der sozial rückständigsten Staaten Mitteleuropas war. Heute hingegen hat Preußen seinen Einfluß wiederholt und mit gutem Erfolg geltend gemacht, um der schlimmsten sozialen Rückständigkeit des Reiches zu begegnen. Wichtiger aber ist folgende Tatsache: die preußische Polizei hat dafür gesorgt, daß die nationalsozialistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen! Die Aushebung des Nestes in der Hedemannstraße in Berlin sowie die Aufdeckung des ungeheuren Materials, das zum Teil dem Reichsgericht übergeben wurde, sind bedeutungsvolle Taten des Genossen Severing, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Man kann freilich sagen, daß in jedem Kulturstaat Europas eine Privatarmee, wie sie Hitler mit seinen Standarten, Gausturmen, Regimentern der SA., Bataillonen und Divisionen aufgezogen hat, ohne weiteres unmöglich wäre. Aber das deutsche Volk ist infolge des Versailler Friedensvertrages einerseits und der furchtbaren Wirtschaftskrise andererseits ein wenig durcheinandergeraten, und jeder politische Scharlatan, der das Maul weit aufreißt, vermag Leute um sich zu scharen. Wenn dazu der große Organisationsapparat aufgeboten werden kann infolge der Millionen, mit denen Hitler durch die Schwerindustriellen subventioniert wird, dann darf man sich nicht so sehr wundern, daß das deutsche Volk zu einem erheblichen Teil der Nazipest erlegen ist.

Doch wir müssen noch ein wenig bei dem Material verweilen, das durch die Tagespresse gegangen ist und hoffentlich auch in Einzelheiten die nötige Beachtung gefunden hat. Das preußische Ministerium des Innern hat dazu festgestellt,

daß ein regelrechter Nachrichtendienst mit Spitzeltätigkeit im umfangreichen Maße durch die Nationalsozialisten betrieben wird. Insbesondere wird dieses Nachrichtenwesen ausgedehnt auf sämtliche Organe der Regierung, Polizei, Reichswehr sowie auf die „Tätigkeit der Gegner“. Alle Versicherungen der Legalität von Seiten Hitlers werden durch dieses Material widerlegt. Es ist auch bezeichnend, daß man ausgerechnet bei der Polizei spionieren läßt und deren genaue Ausrüstung, Bewaffnung, Stärke usw. festgestellt hat. Daneben ist auch ein Informationsdienst über Gegner eingerichtet worden unter der Rubrik „KPD.“ sowie unter der Rubrik „System“. Unter letzterem Ausdruck wird alles erfährt von der Sozialdemokratie bis zum freigeistlichen Bürgertum und deren Presse, ja selbst Brüning und Hindenburg werden in diesen Spitzeltopf geworfen.

Aber noch mehr Wert legt man augenscheinlich darauf, geheime Verfügungen der preußischen Minister und Regierungspräsidenten zu bekommen (natürlich auf dem Spitzelwege), um sie dann wieder an die Vertrauensleute der Nazi-SA-Truppen weiterzugeben. Dabei ist interessant, daß der Nachrichtendienst nach dem „Dorbid“ des Roten Frontkämpfer-Bundes und der sonstigen kommunistischen offenen Zersetzungsarbeit eingerichtet worden ist. Flugblätter an die Polizeibeamten, ebenfalls nach kommunistischem Muster, werden verbreitet mit der Aufforderung: „Kein Gummiknüppel darf einen Nationalsozialisten treffen. Kein Distolenschuß gegen die für uns kämpfende SA.“ In einer Führerbesprechung bei Hannover hat man sich über Bahnschutz, Panzerzüge, Bahn- und Postfunkanlagen, Flughäfen und Flußübergänge unterhalten und einen regelrechten „Schlachtplan“ entwickelt über den beabsichtigten Einsatz, die Bewaffnung, Stärke, Führung, Zusammensetzung usw. Sehr charakteristisch ist auch eine aus Wiesbaden stammende Anweisung der Nazis, die eine regelrechte Verfemungsliste enthält, Vorschriften gibt und — was für unsere Kollegen-schaft in den Gemeindebetrieben besonders beachtenswert — anordnet, daß die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke im Falle eines Generalstreiks von den Nazis übernommen und betreut werden sollen, ja man trägt sich sogar mit dem etwas abenteuerlich anmutenden Abwehrplan, im Falle daß der Generalstreik die ganze Stadt erfährt, die Wasserleitungen mit gefärbtem Wasser zu versehen, um es ungenießbar zu machen. Es fehlen also nur noch die letzten raffinierten Weltkriegsmittel der Brunnenvergiftung mit Bazillen und Gasangriffel! Aber schließlich wird in dem Hirn des einen oder anderen „Röhmers“ auch diese Ausgeburt einer Bürgerkriegsphantastie bereits vorhanden sein.

Sehr ausführliche Vorschriften sind über das Funkwesen und den Funkverkehr (insbesondere Kurzwellensender) vorgegeben, und auch eine besondere Aufstellung von Spezialformationen wie Pioniere und Minenwerfer sowie ehemalige Flieger dürfen nicht fehlen. Der Sturm 42 Berlin-Tegel hat unterm 9. März 1932 an den Sturmbann 3/4 in Berlin bereits die Mannschaften angemeldet für den Stoßtrupp, die Maschinengewehrschützen und die Tankführer.

Eine besondere Statistik mit dem Stichtage vom 10. Januar 1932 wurde angeordnet in der Untergruppe Hamburg, worin die Zahl der gedienten Männer, Erwerbslosen, Feldküchen usw. festgestellt werden soll. Auch eine „beschleunigte SA-Einkleidung“ wird gefordert. In einem Befehl heißt es: „Der Sturmführer Schütz, Gau Sturm Hamburg, reißt im Gau Sturm umher und nimmt Maß!“ Sogar die „eisernen Rationen“ mußten beschafft werden, ebenso die „Dorbereitung von Massenquartier“.

Alle diese Vorbereitungen zum Bürgerkrieg sind einige Wochen vor dem Termin der Reichspräsidentenwahl beschleunigt festgelegt worden. Drei besondere Alarmstufen wurden eingerichtet:

- a) mit erhöhter Aufmerksamkeit. Alles zu Hause bleiben.
- b) Zusammenziehen der Truppen (in Land und Stadt).
- c) Mobilmachung mit vollem Gepäck, Dienstanzug, der verdeckt mitgeführt wird. Eiserner Ration für 3 Tage.

In manchen Gruppen war auch ein besonderer Dienst am Wahltag, den 13. März 1932, vorgegeben. Und daß das Ungeschehliche dieser Bürgerkriegsvorbereitungen der Führung und damit Hitler, völlig bekannt war, geht aus der Tatsache hervor, daß eine Anzahl SA-Leute handschriftlich unterschreiben mußten: „Ich verpflichte mich, über den Dienst am 13. März 1932 Stillschweigen zu bewahren und den Dienstort nicht zu verraten!“ Die Nationalsozialisten hatten also offenkundig weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen und dachten sich die Sache augenscheinlich so, wie sie etwa Mussolini in seinem bekannten „Marsch auf Rom“ durchgeführt hat. Aber wir wiederholen es:

Deutschland ist nicht Italien, und die deutsche Arbeitnehmerschaft, vor allen Dingen in ihrem aktiven Teil, der Eisernen Front, wird unter keinen Umständen sich ohne weiteres in ein Faschistenjoch zwingen lassen!

Jedenfalls ist es die allerhöchste Zeit, daß Staat und Reich diesem Bürgerkriegsspiel schleunigst ein Ende bereiten. Und wenn auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (das von den Schwerindustriellen ausgehaltene Organ) meint, diese Pläne seien nur gedacht im Falle eines „roten Ansturms“, so ist diese Heuchelei doch zu offenkundig. Damit aber in diesem Ernst auch die Satire nicht fehlt: Der ehemalige Kronprinz ist trotz seines Ehrenwortes, sich nicht mit Politik zu befassen, zu Hitler übergegangen und betreibt dessen Wahl.

Wir müssen anerkennen, daß fast die gesamte bürgerliche Presse, soweit sie nicht in Hugenberg's Händen oder in jener der Nazis ist, von diesem Bürgerkriegstreiben abrüht und ebenfalls zum Ausdruck bringt, daß ein Staat, der auf sich hält, diese Dinge unmöglich länger dulden kann. Auch das leitende Zentrumsorgan, die „Germania“, nimmt in schärfster Weise Stellung gegen diese unverantwortliche verbrecherische Art der Herausbeschwörung des Bürgerkriegs, und die christlichen Gewerkschaften haben ebenfalls eine Volksfront gebildet, die zur Abwehr Hand in Hand mit der Eisernen Front arbeitet.

Soviel steht fest, der Wahlausgang vom 24. April entscheidet erneut über die Bürgerkriegsgelüste Hitlers. Bekommt er den wohlverdienten dritten Schlag auf den Schädel, so werden die finanziellen Quellen versiegen und die Hitler-Psychose wird, wie das heute bereits in Bayern der Fall ist, sehr schnell abflauen. Aber bis dahin müssen wir wachsam sein, da eine unbegrenzte Verheerung und Demagogie einen großen Teil des deutschen Volkes ablenkt und irreführt.

Weder die deutsche Wirtschaft noch der Preußenstaat können durch die Leistung einer einzelnen Person mit einem Schlage aus der Weltkrise gebracht werden. Was menschennmöglich war, haben ohne Zweifel unsere Genossen Otto Braun, Karl Severing und Grimme geleistet.

Daß die kommunistischen Helfershelfer der Nazis sich erneut wieder ihren Sonderkandidaten gelistet hatten, war ein starkes Stück. Wir erwarten, daß besonders in den Großstädten weitere Zehntausende von Arbeitnehmern daraus endlich die richtige Lehre ziehen und wie bei der Wahl vom 10. April 1932 sich von der KPD. abwenden. Der hemmungslose Radikalismus von rechts und links verstärkt die Wirtschaftskrise und wirkt sich im Sinne einer Befestigung des Kapitalismus und der Reaktion aus. Die Gleichberechtigung der Staatsbürger aber, der Schutz der Schwachen, die Toleranz gegen Andersdenkende sind Forderungen, die wir in Preußen zu erheblichem Teil verwirklicht haben.

In Preußen geht die Staatsgewalt vom Volke aus.

Es ist der zuverlässigste Hort gegen Terror und Gewalt.

Wir werden diese Bastionen der Republik und Demokratie am 24. April nicht nur mit ganzer Kraft verteidigen, sondern wir müssen sie auch erfolgreich erhalten; denn alle gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeitnehmerschaft und insbesondere der Gewerkschaften stehen auf dem Spiel.

E. D.

Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden

In keinem der hinter uns liegenden Jahre waren die Schwierigkeiten für Schaffung eines ausgeglichenen Gemeindehaushalts so groß, wie sie sich bei der jetzigen Etatsberatung in allen Städten ergeben. Immer wieder wird mit Recht gesagt, daß ausgeglichene Haushalte die Grundlage für eine Besserung der Wirtschaft sind. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine Gesundung unseres Staatswesens und der Wirtschaft wesentlich davon abhängt, ob unsere Gemeinden wieder lebensfähig werden. Zurzeit befinden sich die Gemeinden von allen öffentlichen Körperschaften in der schwierigsten Lage. Die Ueberweigungen von Reichssteuern gehen weiter zurück und einer weiteren Erhöhung der Realsteuern ist durch Notverordnung ein Riegel vorgeschoben. Der Anteil der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird von sachverständiger Seite für das Jahr 1932 auf 520 Millionen Mark geschätzt gegenüber 1,1 Milliarde Mark 1931, das heißt, daß diese Steuern um etwa die Hälfte zurückgehen. Die Gemeindehiersteuer, die 1931 noch 140 Millionen betrug, sinkt infolge der Steuerenkung auf rund 90 Millionen. Durch Beseitigung der Mineralwassersteuer haben die Gemeinden einen weiteren Verlust von 20 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Realsteuern werden im kommenden Rechnungsjahre um rund 20 Proz. zurückgehen, was einer weiteren Senkung der Einnahmen um 145 Millionen Mark entspricht. Dagegen wird die Erhöhung des Gemeindeanteils der Umsatzsteuer infolge der Erhöhung der Umsatzsteuer nur 120 Millionen Mark erbringen. Alle vorgenannten Etatsverschlechterungen bedeuten eine Verringerung der Einnahmen um rund 825 Millionen Mark. Dazu kommt noch der Ausfall an Werksüberschüssen durch Tariffenkung und Absatzrückgang, der schätzungsweise auf 50 Millionen Mark zu veranschlagen ist. — Diesem Einnahmerückgang steht nun keine entsprechende Senkung auf der Ausgaben Seite gegenüber. Wohl haben die Gemeinden durch Senkung der Löhne und Gehälter eine wesentliche Erleichterung ihrer Ausgaben erhalten, auf der anderen Seite sind den Gemeinden aber eine Menge neuer Aufgaben überwiesen worden, für die ein finanzieller Ausgleich durch Reich oder Staat nicht gegeben wurde.

Bei der Frage der Arbeitsbeschaffung kommen insbesondere die Wirtschaftsgebiete in Frage, die durch die Gemeinden und Gemeindeverbände betreut werden. In nachfolgendem soll versucht werden, diese Gebiete aufzuzeigen und dabei auch die Möglichkeit der Finanzierung anzudeuten.

Das Baugewerbe als wichtiger Schlüssel zum Wiederaufstieg der Wirtschaft — diese Erfahrungstatsache ist seit 1930 von den Gemeinden vollkommen vernachlässigt worden. Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise wurde nämlich die Bautätigkeit immer mehr gedrosselt. Dies gilt sowohl für gewerbliche und öffentliche Bauten als auch für den Wohnungsbau. Dabei ist die Finanzierung durchaus möglich durch Änderung der Hauszinssteuer. Der Vorschlag der Sozialdemokratie ist durchzuführen, welcher die Hauszinssteuer umwandeln will in eine zwanzigjährige Rentenschuld. Ansätze dazu sind in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, Zweiter Teil, Kapitel I § 2 vorhanden in Gestalt der einmaligen Ablösung. Es muß verlangt werden, daß diese Ablösungssumme zur Finanzierung von Wohnungen zum größten Teil heranzuziehen ist. Von dem Einnahmeüberschuß aus der Sozialversicherung, insbesondere der Angestelltenversicherung, müßten zwei Drittel für Wohnungsbauhypotheken zur Verfügung gestellt werden. Auch die Lebensversicherungsgesellschaften müssen verpflichtet werden, etwa die Hälfte ihres Anlagezuwachses für denselben Zweck zu verwenden.

Große Arbeitsmöglichkeiten ergeben sich bei Reparaturarbeiten von Wohnhäusern und sämtlichen Verwaltungsgebäuden der öffentlichen Hand. Die Althäuser bedürfen in weitestem Umfange der Reparatur und Erneuerung. 75 Proz. aller Wohnungen sind reparaturbedürftig und teilweise dem Verfall

nahe. Berlin hat riesige Wohnviertel, welche innen und außen dringend der Erneuerung bedürfen. Der Reichswirtschaftsrat, welcher sich kürzlich mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigte, schätzt die erforderlichen Aufwendungen für Reparaturen pro Haus auf 2000 Mk., was bei einer Million Althäuser einen Betrag von 2 Milliarden Mark bedingt. Durch Verbilligung der Material- und Lohnkosten dürfte sich dieser Betrag um 25 Proz. ermäßigen. Bei Verteilung der Arbeiten über 4 bis 5 Jahre ergibt sich ein jährlich erforderlicher Betrag von 300 bis 500 Millionen Mark, was einer dauernden Beschäftigung von etwa 125 000 Arbeitskräften entspricht. Die Finanzierung dieser Arbeiten muß aufbauen auf den Beträgen für Instandsetzungsarbeiten, die der Hausbesitzer in der gesetzlich vorgeschriebenen Miete erhält. Von den insgesamt für Instandsetzungsarbeiten vorgesehenen 23 Proz. entfallen 17 Proz. auf laufende Instandsetzungsarbeiten und 6 Proz. auf größere Reparaturen. Diese Beträge sind von den Hausbesitzern bisher ganz überwiegend nicht ihrem eigentlichen Zweck zugeführt worden. Die Finanzierung der notwendigen Instandsetzungsarbeiten könnte nun berart erfolgen, daß dem Hausbesitzer Instandsetzungskredite gewährt werden. Zur Beschaffung dieser Kredite denkt der Reichswirtschaftsrat an die bisher in Bayern verfolgten Methoden. In Bayern sind nämlich die Instandsetzungskredite in vollem Umfange von den bankmäßigen und sonstigen Organisationen der Hausbesitzer aufgebracht worden. — Besonders dringend ist auch die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude. Durch Notverordnung vom 6. Oktober 1931 ist bekanntlich die Inangriffnahme von Neubauten für Zwecke der öffentlichen Verwaltung bis 31. März 1934 untersagt worden. Es ist daher um so notwendiger, die bestehenden Verwaltungsgebäude in bestem Zustande und vollgebrauchsfähig zu erhalten. Infolge der Finanznot der Gemeinden ist auch auf diesem Gebiet eine starke Vernachlässigung eingetreten, die teilweise zu unhaltbaren Zuständen geführt hat. Die Kritiken in der Tagespresse über den Zustand in den Schulen usw. sind meist nur zu berechtigt. Es handelt sich hier vielfach um vordringlichste Arbeiten, die zur Erhaltung der Substanz notwendig sind.

Frauen verhungern Männer arbeiten als Sklaven

Das wird erreicht durch „die sofortigen Maßnahmen“ zur Arbeitsbeschaffung nach Machtantritt der NSDAP. Im „Völkischen Beobachter“ vom 2. April 1932 (Nr. 93) beschreibt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder diese „sofortigen Maßnahmen“:

„Ohne irgendwelche nennenswerten Schwierigkeiten, können in kurzer Zeit mindestens 500 000 Mann, die heute erwerbslos in den Städten feiern müssen, zum Arbeitsdienst eingezogen werden. Nennenswerte Mittel sind zusätzlich kaum aufzuwenden, da die Beköstigung großer Mengen selbstverständlich noch billiger ist, als die Erwerbslosenunterstützung.“

Kein Pfennig ist vorgesehen für die Familien der zur Zwangsarbeit Einbezogenen — sie können verhungern.

Kein Lohn für die Zwangsarbeiter, nur Massenabfütterung wie im Kriege. So „bekämpfen“ die Nazis die Erwerbslosigkeit — mit Hunger für die Arbeitslosen, mit Lohndruck für die Arbeitenden.

Gebt ihnen die Antwort am 24. April!

Die kommunalen Versorgungsbetriebe, insbesondere die Gas- und Elektrizitätswerke verfügen über Produktionsanlagen, die in Anbetracht des rückgängigen Verbrauchs an sich ausreichend sind. Insbesondere in der Elektrizitätswirtschaft ist teilweise sogar eine gewisse Ueberkapazität vorhanden. Ausbaunotwendig dagegen ist in den meisten Städten die Wasserversorgung. Können die notwendigen Mittel flüssig gemacht werden, so dürfte allein auf diesem Gebiet Zehntausenden von Arbeitern hochwertige Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden, welche sich, auch wirtschaftlich gesehen, rechtfertigen läßt.

Infolge der überspannten Heranziehung der kommunalen Versorgungsbetriebe zu Beiträgen für den kommunalen Finanzbedarf konnten aber schon jahrelang keine ausreichenden Rücklagen für Werkserneuerung gemacht werden. Infolgedessen sind in zahlreichen Werken die Anlagen stark erneuerungsbedürftig. Hier bestehen also Arbeitsmöglichkeiten für dringende und unmittelbar produktive Zwecke, welche jederzeit amortisiert und verzinst werden können.

Die große nicht voll ausgenutzte Kapazität, über die die meisten kommunalen Versorgungsbetriebe verfügen, drängt aber auch dazu, mit allen Mitteln den Absatz von Gas und Strom zu steigern. Da der Industrieabfall infolge der Wirtschaftskrise stark rückgängig ist, kommt für eine Absatzsteigerung praktisch nur der Haushaltsverbrauch in Frage. Hier ist die Verlegung von Kabeln und Rohrleitungen zum Anschluß bisher nicht erschlossener Stadtgebiete sowie die Ausführung von Haushaltsinstallationen erforderlich. In Deutschland gibt es noch weite Gebiete, welche weder Gas noch Elektrizitätsanschluß haben. Don

den 3430 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern haben 730 Gemeinden noch keine Gasversorgung.

Die Versorgung mit Gas muß über die Stadtgrenzen hinaus erfolgen, wie das heute schon vielfach der Fall ist. Die Aufbarmachung der volkswirtschaftlichen Vorteile der Gruppen-gasversorgung konnte seither nicht durchgeführt werden, weil die Gemeinden vielfach Kirchturmspolitik trieben und die notwendigen Mittel nur schwer flüssig zu machen waren.

Die Mittel sowohl für die Werks-erweiterung als auch für den Ausbau des Versorgungsnetzes und für Hausinstallationen müssen im Wege der Anleihe beschafft werden. Hier handelt es sich aber um unmittelbar produktive Zwecke und überdies wird die Rentabilität wertvollsten öffentlichen Besitzes durch diese Neuinvestition gesteigert, so daß die Beschaffung der Mittel auf dem Kreditwege durchaus gerechtfertigt ist. Verzinsung und Amortisation ist besser gesichert als fast bei jedem anderen Wirtschaftszweig. Bei dieser Sachlage könnte eventuell sogar an die Beschaffung von Mitteln durch Auslandskredite gedacht werden, wenn nicht nur die Gemeinden, sondern auch das Reich eine Bürgschaft für Verzinsung und Rückzahlung übernehmen.

Will man sofort öffentliche Arbeiten in großem Ausmaße durchführen, so ist hier Gelegenheit gegeben im Straßenbau. „Vorwärts Schlaglöcher!“ Diese Warnungsschilder findet man nicht nur auf den viel befahrenen Landstraßen, sondern auch in verkehrsreichen Straßen großer Städte. Das Straßennetz droht tatsächlich zu verfallen, wenn nicht in kürzester Frist zum mindesten Reparaturarbeiten in größerem Maße ausgeführt werden. Soweit Steinstraßen in Frage kommen, ist inländisches Material hinreichend vorhanden. Tausende von geschulten Arbeitskräften warten auf den Moment, daß ihre Arbeitskraft eingesetzt wird. Straßen selbst mit stärkstem Verkehr lassen sich aber nicht nur ausführen in Steinpflaster, sondern der in seiner Herstellung billigere Teerstraßenbau hat sich in den letzten Jahren allgemein durchgesetzt. Für die Erstellung des Steingerüsts der Teerstraße kann ebenfalls durchweg einheimisches Steinmaterial verwendet

werden, das in verschiedenen Körnungen als Schotter, Splitt oder Grus in Verbindung mit Teer eingebaut wird.

Große Arbeitsmöglichkeiten schafft auch der Bau von Staueen und Caisperren zur Sicherung der Trinkwasser-versorgung und zum Hochwasserschutz. Erwerbslose in größerer Anzahl können beschäftigt werden bei Urbarmachung bzw. Ein-ebnung von Oedland, Schutttabladeplätzen usw. innerhalb der Stadtgebiete. Besonders im Industriegebiet gibt es größere ver-sumpfte Flächen, welche durch Absacken des Geländes durch den Bergbau unter Tage verursacht sind. Abbruch von Häuser- und Industrieruinen schafft weitere Beschäftigungsmöglichkeiten.

Bei Urbarmachung der versumpften Gelände im Industrie-gebiet muß der Bergbau zu einem Teil der Kosten herangezogen werden, welches möglich ist auf Grund des Bergschädengesetzes. Die Finanzierung der übrigen Arbeiten kann erfolgen durch eine Goldprämienanleihe des Reichs zur Arbeitsbeschaffung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am 24. Februar 1932 den Entwurf eines Gesetzes über eine Goldprämienanleihe des Reichs zur Arbeitsbeschaffung eingereicht. Bis zum Zeich-nungsergebnis sind die Aufträge soweit vorzubereiten, daß die-selben beschleunigt, eventuell etappenmäßig in Angriff genommen werden können. Reichsregierung und Reichsbank müssen Bevor-schussungen leisten, um die Inangriffnahme der Arbeit zu be-schleunigen. Das Reich und die Reichsbank haben in den letzten Jahren mindestens 2 Milliarden Mark freigemacht für Sub-ventionen und Kreditgebung an Banken, Industrie und Schifffahrt. War hier die Möglichkeit gegeben, diese großen Summen zur Ver-fügung zu stellen, dann muß es möglich sein, auch für Arbeits-beschaffung zum mindesten Vorstöße auf die zu erwartende An-leihe in größerem Umfange mobil zu machen. Die Situation ist furchtbar ernst. Werden die Gemeinden in die Zwangslage ge-bracht, den ausgesteuerten Erwerbslosen ihre Unterstützung nicht mehr zahlen zu können, dann bedeutet dies: der Kampf aller gegen alle. — Nach unserer Auffassung ist über Arbeitsbeschaffung nun genug geredet und geschrieben worden. Handeln, und zwar schnellstes Handeln ist das Gebot der Stunde. J. Orlopp.

Nazis, Handel, Schifffahrt und Ostpreußen

„Die Deutsche Revolution“, das Organ der von der Hitler-partei abgeprägten „revolutionären Nationalsozialisten“, konnte am 13. März einen Bericht über eine vertrauliche Führer-besprechung der Hitlerleute bringen. Erörtert wurde die Frage, wie man nach dem „sicheren Siege Hitlers“ über Hindenburg das Ausland für die „Ideen“ der Hakenkreuzler gewinnen könne. In Anwesenheit Hitlers entwickelte der Außenpolitiker Rosenberg (dessen besondere Befähigung zum Außenpolitiker durch seine Geburt im Ausland garantiert ist) den Plan, England einzuladen, mit Nazideutschland „den russischen Wirtschafts-raum gemeinsam auszunutzen“. Mit Recht fürchtete Rosenberg wohl die Frage des Inselreichs: Was kannst du armer Teufel geben? Wie die Geldgeber der Rosenbergpartei stets bereit sind, auf dem Altar des Vaterlandes das letzte Hemd — des Arbeiters zu opfern, so gedachte Rosenberg den Engländern zu ver-kaufen, worüber er vorläufig kein Verfügungsrecht hat. „Das nationalsozialistische Deutschland“, schreibt unsere Quelle, „will sich dem Inselreich gegenüber freiwillig auf Einstellung seines gesamten weltwirtschaftlichen Handels verpflichten und sich außer-dem bereit erklären, die Produktion solcher Waren, die englischen Erzeugnissen Konkurrenz bereiten, entweder zu beschränken oder ganz einzustellen“. Soweit Nazideutschland trotzdem noch Handel treiben müsse, soll er über England geleitet werden.

Was solche Pläne für die Handels-, Transport- und Verkehrs-arbeiter bedeuten, haben wir bereits im „Verkehrsrund“ ge-schildert. Was aber sagen „Handel und Schifffahrt“ dazu. Die „Weser-Zeitung“, das Bremer Handelsorgan, hat sich nicht ganz freiwillig mit diesen Plänen beschäftigt. Die Hamburger Schiff-fahrtszeitungen haben sich ausgeschwiegen, trotzdem brachte der „Hamburgische Correspondent“ eine „Berichtigung“ Rosenbergs, auch die „DA3“, das Berliner Hitlerorgan der Hapag, nahm die Absicht der Nazis, Handel und Schifffahrt zu vernichten, still-schweigend hin. Einzig die „Hansa“ nahm nach vielen Ent-schuldigungen Stellung gegen dies Programm Hitlers.

„Wie sie lügen“, schrieb Rosenberg, und er nannte die Berichte „ertrunken und erlogen“. Der „Weserzeitung“ schickte er sogar einen besonderen Brief, der, wie die Zeitung schrieb, „den Stempel einer Nötigung im politischen Wahlkampf“ trug. Rosenberg eilte nach Bremen, hielt eine schlechtbesuchte Versammlung ab und hat nichts widerlegt. Er redete an den Dingen vorbei und nun erbt fühlt sich das Reederorgan oben auf: „Der Bremer Kaufmann wird

erkannt haben, daß der Wagemut des Kaufmanns, der den Handel belebt und befruchtet, im nationalsozialistischen Staat wohl nicht gedeihen kann.“ Am gleichen Tag veröffentlichte der „Angriff“ eine Liste von Männern „des deutschen Geisteslebens und der deutschen Wirtschaft“, die zur Wahl Hitlers auffordern und die geführt wird von dem Direktor Godeffroy der Levante-Linie (Hapag). Wir finden ferner die Namen Sloman und Krogmann aus Hamburg — Reeder und Großkaufleute. Godeffroy führt die Liste der Deutschen Volkspartei bei der Bürgerchaftswahl in Ham-burg. Man darf daraus schließen, daß die Hamburger Reeder ihrem Adolf die Treue halten, auch wenn sie sich selbst dabei opfern. Ver-ständlicher ist allerdings die Lesart, daß die Kapitalisten sich stark genug fühlen, Herrn Hitler „nach seinem Sieg“ zu sagen, was er zu tun und zu lassen hat. Immerhin scheinen die Bremer es für besser zu halten, trotz ihrer Sympathie für den „Crommer“, dem „Politiker“ Hitler, eine unzweideutige Absage zu erteilen.

Die „Weserzeitung“, die das Referat des Rosenbergs den „Auf-satz eines Schülers“ nannte, bescheinigt ihm, daß er „selbst von der Ostpolitik nichts versteht“. Die Aufteilung des russischen Wirt-schaftsraums, die in der geheimen Führerbesprechung beschloffen wurde, kostet nicht nur den deutschen Handel, sondern erfordert auch Anlagekapital. Dies Geld wollte der große Außenpolitiker des grauen Adolfs von Frankreich pumpen. Nazideutschland wollte von Frankreich 1,5 bis 2 Milliarden Mark borgen. Frank-reich sei nicht abgeneigt, doch verlange es dafür die „Internatio-nalisierung der ostpreußischen Bahnen und Straßen, die Hergabe Königsbergs zum polnischen Freihafen“. Die „Weserzeitung“ sagt nicht, wie diese Verhandlungen ausgegangen sind. Wahrscheinlich hat nur die Absage des deutschen Volkes an Hitler die Verhand-lungen beendet. Daß die Reaktionäre Frankreichs auf einen Sieg Hitlers hofften, bewies der plumpe Angriff des französischen Mini-sterpräsidenten auf Hindenburg. Herr Hitler aber bezeichnete sich stolz als der Retter Ostpreußens und fordert die Republikaner auf, in Berlin zu bleiben, denn „dort wird Ostpreußen gerettet“. Damit hat Hitler zum erstenmal recht gehabt: in Berlin wird Ostpreußen gerettet, im Braunen Haus Münchens wird es verkauft und verraten.

Für unsere Kollegen kann es auch bei den Landtags-wahlen am 24. April 1932 nur eine Parole geben: Zerstückelt die Partei, die Außenhandel und Seeschifffahrt, die nach dem Bog-heimer Programm auch den Binnenhandel vernichten will. C. L.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 16

Berlin, den 16. April 1932

3. Jahrgang

Stellung und Aufgaben der öffentlichen Unternehmungen in der deutschen Wirtschaft der Gegenwart

Von Staatssekretär Dr. Hans Staudinger

III. Die Aufgaben der öffentlichen Unternehmungen in der nächsten Zukunft.

Die künftigen Aufgaben der öffentlichen Unternehmungen im einzelnen zu beschreiben war kaum jemals so schwierig wie im gegenwärtigen Zeitpunkt, da eine nationale und internationale Krise von nie erlebter Intensität und Reichweite die Grundlagen der herrschenden Wirtschaftsverfassung bedroht. Je nachdem, ob der Staat im weiteren Verlauf der Krise gezwungen sein wird, seinen Einflußbereich auf die Wirtschaft auszudehnen, sei es durch die Schaffung neuer Institutionen allgemein wirtschaftspolitischer Art nach dem Vorbild der Bankenkontrolle oder durch unmittelbare Hilfsaktionen zugunsten der Privatwirtschaft, die nach den Erfahrungen des Jahres 1931 von der kurzfristigen Subvention über die langfristige Garantie bis zur direkten Beteiligung der öffentlichen Hand an privaten Erwerbsunternehmungen, ja zu deren völliger Übernahme in öffentliche Regie reichen können, wird sich die weitere Politik der öffentlichen Unternehmung, ihr innerer organisatorischer Ausbau und ihre gesamtwirtschaftliche Funktion gestalten müssen. — Ganz besonders im Verkehrswesen haben die Konkurrenzverhältnisse der vielen verschiedenartigen Unternehmungen in den letzten Jahrzehnten zu erheblichen Kapitalaufwendungen geführt, die bei gemeinsamer Planung sicherlich, zum mindesten teilweise, vermeidbar gewesen wären. So hat z. B. die Reichsbahn Ausnahmetarife eingeführt, um den Verkehr von schon vorhandenen Wasserstraßen im Wettbewerb auf sich abzulenkten, wodurch nicht nur bestehende Anlagen unausgenutzt blieben, sondern auch unnötige Neuinvestitionen erforderlich wurden. Wenn auch der Reichsbahn für den Fall des Versagens der Wasserstraße wegen Eisgangs oder ungünstigen Wasserstands eine gewisse Reserve zugebilligt werden muß, so dürfte sie nicht darüber hinaus einen volkswirtschaftlich unproduktiven Wettbewerb entzweifeln, der neben direkten Kapitalverlusten der Verkehrsunternehmungen auch das Privatkapital durch ungerechtfertigte Verschiebungen der Standortsbedingungen schädigt.

Umgekehrt kann sich die Reichsbahn beklagen, wenn trotz ihrer Bereitschaft zu langfristigen Ausnahmetarifen heute neue Kanalbauten durchgeführt werden, deren Kapitalverzinsung teurer kommt als die normalen Betriebsunkosten der Reichsbahn. Man muß dabei allerdings auf der Gegenseite einrechnen, daß Flußregulierungen und Kanalbauten volkswirtschaftlich betrachtet nicht nur dem Wasserverkehr dienen, sondern in der Regel auch ländeskulturelle, industrielle und wirtschaftliche Verbesserungen aller Art zum Ziele haben, so daß die für den neuen oder verbesserten Wasserweg aufgewendeten Gesamtkosten häufig nicht im vollen Umfange in die Rentabilitätsrechnung des Wasserverkehrs eingestellt werden dürfen. Bei der Gesamtkalkulation sollte aber nicht vergessen werden, daß ein solcher Verkehrsentsatz die Reichsbahn schädigen und ihre Leistungsfähigkeit im Dienste der Gesamtwirtschaft herabsetzen muß.

In ähnlicher Weise bestehen unwirtschaftliche Konkurrenzverhältnisse zwischen Reichsbahn, Kleinbahnen, Gruben- und Hafenbahnen, Kraftverkehr und dem weit über den städtischen Radius hinausgehenden Nahverkehrsnetz der Städte. Ohne den wirtschaftlichen und technischen Ausbau der einzelnen Verkehrswege zu fesseln, sollte eine einheitlichere Zusammenarbeit die richtige Abgrenzung durchführen, in der auch der Straßenausbau zu berücksichtigen wäre. — An einzelnen Stellen sind Ansätze zu gemeinsamer Regelung schon vorhanden. So haben sich Reichsbahn und Reichspost über den Kraftverkehr dahin verständigt, daß der Personenverkehr von der Reichspost, der Güterverkehr dagegen von der Reichsbahn bedient, und daß gegenseitiger Wettbewerb vermieden oder wenigstens ausgeglichen werden soll. Eine neue Ausarbeitung über die unterschiedliche Belastung der Kraftwagen und der Schienenbahnen liegt bereits vor. Schon oben wurden die Arbeitsgemeinschaften im Kraftverkehrsweisen erwähnt, die den Zweck verfolgen, im Personenkraftverkehr jede ungesunde Konkurrenz und Verkehrsersplitterung von vornherein auszuschalten und eine wirtschaftliche Liniensführung zu sichern. Wenn auch die bisherigen Erfahrungen mit den Arbeitsgemeinschaften im Personenkraftverkehr durchaus gut waren, so kann doch nicht behauptet werden, daß diese Arbeitsgemeinschaften restlos die großen Reibungen beseitigen konnten, die sich zwischen den verschiedenen Verkehrsinteressen bei Linien-, Fahr-

plan- und Tarifgestaltung im ganzen ergeben. Daneben blieben aber vor allem die Konkurrenzverhältnisse im Güterverkehr noch bestehen, da der Kraftwagengüterverkehr im allgemeinen kein regelmäßiger ist und daher nach der bisherigen Gesetzgebung von der Genehmigungspflicht nicht erfaßt wurde.

Die große Zahl der gegeneinander arbeitenden Verkehrsinteressen kann weder für die beteiligten Unternehmungen selbst, noch für eine zweckmäßige Verkehrserschließung des betreffenden Gebietes nützlich sein. Hier müßte von Reichs wegen eine Neuordnung und Abgrenzung der Verkehrsgebiete nach einheitlichen Grundsätzen erfolgen. Neuerdings hat man durch eine Neuordnung über den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen versucht, diesen Uebelständen abzuwehren. Man hat im Personenverkehr bei Verletzung der öffentlichen Interessen eine Beschwerde an den Reichsverkehrsminister und im Ferngüterverkehr über 50 Kilometer hinaus eine Unternehmungskonzession und einen Tarifzwang eingeführt, wodurch man den die Reichsbahn schwer schädigenden Wettbewerb im Güterverkehr zu verhindern hofft. Ob dieser Versuch, der im Zusammenhang mit dem viel umstrittenen Schenker-Vertrag in die Wege geleitet wurde, tatsächlich den erhofften Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Auch die Vereinheitlichung der Wasserbauverwaltung im Zusammenhang mit der Landeskulturerwaltung und der wasserwirtschaftlichen Versorgung von Industrie und Städten wird für die kommenden Jahre erhebliche Reformen erforderlich

Seid bereit!

Seid bereit! | Horizont.
Tiefeswarze Wollen ziehn am
Grellen jenen blutigroten Blige,
Und ringsum hoch's und brodel's
Wie im Hexentessel.
Grust ist die Zeit.
Begreift,
Schon über Nacht kann dieses
Sich entladen. | Wetter
Schläft nicht!
Stählt euch zum Kampf!
Es geht um alles,
Geht ums höchste Gut!
Es geht um heilige Menschen-
Sammelt euch! | rechte!
Seid bereit! — —

J. H. E. Büttner

machen. Ueber den weiteren Ausbau und die Verkehrsordnungen in den Hafengebieten wurden bereits durch die Preußisch-Hamburgische und die Preußisch-Bremische Hafengemeinschaft sowie durch Abkommen zwischen Binnenhäfen Gruppenverständigungen eingeleitet. Die Zusammenarbeit der noch konkurrierenden Häfen müßte bei der herrschenden Kapitalknappheit in vermehrtem Umfange gefördert, jedenfalls aber verhindert werden, daß sich die Häfen mit Hilfe kostspieliger Neuanlagen die Verläder gegenseitig abspenstig machen.

Alle diese Maßnahmen bleiben aber Einzelreformen, solange sie nicht eine gegenseitige Durchdringung erfahren. Eine solche, sämtliche Verkehrsgebiete umschließende Gesamtplanung wird allerdings erst dann durchzuführen sein, wenn durch eine großzügige Gesetzgebung die Grundlage dafür geschaffen wird, daß die Gesamtheit der Verkehrsmittel und der Verkehrsbelange sowohl in den Mittelbehörden als auch in der Zentralinstanz einheitlich wahrgenommen wird. Es müßte also ein umfassendes Reichs-Verkehrsministerium die verschiedenen Interessen in sich vereinigen oder wenigstens so stark sein, sie maßgeblich zu beeinflussen. Die Schwierigkeiten zu dieser Zusammenfassung liegen heute noch einerseits in den historischen Hemmungen, die verschiedenen bisher selbständigen Verkehrsverwaltungsbezirke unter eine einheitliche verkehrswirtschaftliche Oberleitung zu stellen und andererseits in der Zusammenarbeit mit den Länderbehörden, denen die landeskulturellen und inneren Verwaltungsaufgaben unterstehen. Als Vorstufe zu dieser notwendigen Zusammenfassung unter dem Reichsverkehrsminister müßte ein Verkehrsbeirat geschaffen werden, dessen Mitglieder aus der Verkehrswirtschaft und den Verkehrsinteressenten in Reich und Ländern zu bestellen sein würden.

Auch im Bereich der Energieversorgung steht die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit der zahlreichen Einzelsysteme im Vordergrund. Es wird wohl von keiner Seite mehr bestritten, daß die gegenwärtigen Erzeugungs- und Verteilungsverhältnisse der Elektrizitätswirtschaft den Forderungen der Wirtschaftlichkeit in keiner Weise genügen. Die Erzeugung liegt heute teilweise bei den kommunalen Elektrizitätswerken, deren Versorgungsbereich meist nicht über die Gemeindegrenzen hinausreicht, teils bei den Ueberlandzentralen, die bis zur Versorgung ganzer Provinzen ausgebaut wurden, und endlich bei den Großkraftwerken, die die Stromerzeugung unmittelbar an den Standorten der Energiequellen verlegen und den Strom auf Hochspannungsleitungen in entfernte Gebiete zu übertragen vermögen. Diese verschiedenartigen Kraftzentralen sind jeweils in verschiedenen Phasen der technischen Entwicklung entstanden, ohne daß aber die technisch fortgeschrittenen Versorgungsarten, sogar bei gleicher Betriebssicherheit, die älteren, weniger leistungsfähigen verdrängen konnte, da eben die Träger der jeweiligen Produktionsorganisationen verschieden sind. So hat sich ein Nebeneinander, teilweise ein Gegeneinander der verschiedenen Erzeugungssysteme herausgebildet. Noch steht eine große Anzahl von älteren Werken mit hohen Produktionskosten in Betrieb, während technisch vollkommene Werke mit größerem Versorgungsradius, die bei voller Ausnutzung sehr viel billiger arbeiten könnten, heute nur teilweise beansprucht sind und dadurch unwirtschaftlich arbeiten müssen.

Wohl sind Ansätze zu einer rationelleren Produktionsgestaltung vorhanden. So ist teilweise schon eine Verflechtung von lokalen Werken mit Großkraftzentralen zur Ausnutzung der rationellsten Technik im Gange, derart, daß die lokalen Werke auf Grund von Lieferungsverträgen entweder den Spitzenstrom für überdurchschnittlichen Verbrauch oder auch den ganzen Strom von den großen Werken beziehen und ihn dann lediglich weiter verteilen. Weiterhin haben sich zum Teil auch Großunternehmungen gegenseitig in ihrer Absatzpolitik durch Demarkationsabkommen verständigt. Solange sich aber diese Verständigungen nicht auch auf künftige Leitungsdispositionen erstrecken, wird durch solche Demarkationen mehr eine Isolierung der einzelnen Systeme als eine Zusammenarbeit erreicht. Der großangelegte Versuch einer systematischen Rationalisierung der Großerzeugung ganz Deutschlands, insbesondere einer einheitlichen Linienführung der Hochspannung, wurde von der zu diesem Zweck gegründeten Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft erhofft. Er ist bisher jedoch ohne Erfolg geblieben, wohl infolge des durch die Depression verursachten Absatzrückgangs sowie der gespannten Lage des Kapitalmarkts, zum großen Teil aber auch infolge der großen Schwierigkeiten, die sich in der Zusammenarbeit der verantwortlichen Leiter der großen Unternehmungen selbst ergaben.

Diese künftige Gesamtplanung könnte schon heute durch organisatorische Neugliederung der Erzeuger- und Verteilerwerke der öffentlichen Hand vorbereitet werden. Hierzu gehört auf der einen Seite die Abkehr der kommunalen Versorgungsbetriebe von der Eigenerzeugung für den städtischen Bedarf in allen den Fällen, wo Fremdstrombezug wirtschaftlicher ist. Auf der anderen Seite aber werden die staatlichen Elektrizitätsunternehmungen kommunale Vertreter in ihre Verwaltungsorgane aufnehmen und ihnen einen dem staatlichen Teilhaber gleichen Einfluß gewähren müssen. Um den lokal verschiedenen Bedürfnissen hinsichtlich der Groß- und Kleinverteilung gerecht zu werden, sollten zweckmäßigerweise für zusammenhängende Wirtschaftsgebiete jeweils Stromversorgungsgesellschaften gebildet werden, in denen der lokale Einfluß gesichert sein muß. Während die Zusammenfassung aller Werke in einem einzigen Großerzeugungsunternehmen den lokalen Versorgungswünschen nur in einer mehr oder weniger willkürlichen Weise Rechnung tragen würde, garantiert die Gründung von regionalen Verteilungsgesellschaften eine gleichartige Behandlung von gleichartigem Strombezug. Im Mittelpunkt müßte eine grundsätzlich neue und einheitliche Tarifpolitik für das betreffende Gebiet stehen, die im Rahmen des Möglichen die besonderen Produktionsverhältnisse sowohl des Handwerks wie des industriellen Großabnehmers zu berücksichtigen hätte.

Mit dieser Aufgabe steht die öffentliche Elektrizitätswirtschaft heute an einem Wendepunkt. Wenn die notwendige Einsicht bei Kommunen und Staat vorhanden ist, können volkswirtschaftlich zweckmäßige Erzeugungs- und Verteilungsorganisationen unter kommunal-staatlicher Führung entstehen. Diese Entwicklung bahnt sich zurzeit in der preußischen und in der sächsischen Elektrizitätswirtschaft an. Die Preußische Elektrizitäts-AG. hat einerseits den großen kommunalen Unternehmungen die Beteiligung an ihrem Hauptunternehmen ermöglicht und andererseits damit begonnen, einen maßgeblichen Einfluß auf die regionalen Verteilungsgesellschaften innerhalb ihres Gebietes zu gewinnen. Die Sächsischen Werke erstreben eine Zusammenarbeit mit ihren Kommunalverbänden auf der Grundlage gleichen Aktienbesitzes beider Teile.

Ein weiterer Fortschritt zu gemeinsamer Arbeit kann dadurch erreicht werden, daß die öffentlichen Großversorgungsunternehmen untereinander sich gemeinsam an Erzeugungs- und Verteilungsunternehmen beteiligen oder sich entweder in Interessengemeinschaften zusammenschließen oder in Form von Holdinggesellschaften den gemeinsamen Beteiligungsbesitz verwalten. Die erstere Lösung wurde zwischen den Reichs-Elektrowerken und der Preußen-Elektra verwirklicht, die sich gemeinsam an den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken und der Ostpreußenwerk-AG. beteiligt haben. Ebenso ist in Berlin in dem Unternehmen Berliner Kraft und Licht-AG. eine gemeinschaftliche Hauptbeteiligung zwischen der Stadt Berlin, den Reichs-Elektrowerken und der Preußen-Elektra durchgeführt worden. Die zweite Lösung wird gegenwärtig zwischen den sächsischen und den preußischen Werken durch die Gründung einer Preußisch-Sächsischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft versucht. Wenn sich auch die süddeutschen Werke solchen Bestrebungen planvoller Zusammenarbeit in großen Interessengemeinschaften anschließen werden, kann sich allmählich ein einheitliches deutsches Gesamtsystem mit einem zweckmäßigen Austausch von Braunkohlen-, Steinkohlen- und Wasserkraftstrom herausbilden.

Noch in einem anderen Zusammenhang ist die Zusammenfassung der deutschen Elektropolitik von Bedeutung geworden. Seit einigen Jahren verfolgt das internationale Elektrokapital den Plan einer zwischenstaatlichen europäischen Kuppelung, d. h. einer Verbindung der Netze von West- und Osteuropa einerseits, Skandinavien und der Schweiz andererseits. Eine solche Entwicklung berührt die Interessen Deutschlands angesichts seiner zentralen Lage sehr stark, da die deutschen Höchstspannungsleitungen ein wertvolles Stück der europäischen Sammelschiene darstellen würden, und außerdem die Verbindung der deutschen Netze mit den wasserkräftreichen Nachbarländern eine Rationalisierung größten Ausmaßes ermöglichen könnte. Ohne rechtzeitige planmäßige Einstellung auf die europäische Elektrowirtschaft muß die deutsche Elektrowirtschaft im entscheidenden Augenblick gegenüber der des europäischen Auslandes in eine ungünstige Lage geraten. Aber auch hier wird die Initiative den öffentlichen Großunternehmungen zufallen müssen, da die privaten Werke sich bisher zu einem einheitlichen Zusammengehen nicht bereit gefunden haben.

Öffentliche Betriebe unter Trommelfeuer

Unsere gemeindlichen Betriebe sind dem Drucke der ungeheuerlichen Wirtschaftskrise ebenso ausgesetzt wie die Privatbetriebe. Die Haushaltsschwierigkeiten der Gemeinden lasten auf den Regiebetrieben in gleicher Weise wie die Kreditsschwierigkeiten auf den Betrieben der privaten Hand. Je stärker die Krise der Wirtschaft wütet, um so nachdrücklicher führen die deutschen Unternehmer ihren Kampf gegen die Regiearbeit. Neuerdings hat dieser Kampf den Charakter eines Trommelfeuers angenommen.

Wohl sind die Unternehmer nie so recht zur Ruhe gekommen mit ihrem Krieg gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand. Schon einmal — im Jahre 1926 — wurde dieser Krieg mit den allerschwersten Geschützen geführt. Damals sagten die Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels, der Landwirtschaft und des Handwerks sowie des Bank- und Versicherungsgewerbes der Regiearbeit ihren heftigsten Kampf an. Eine groß aufgemachte Tagung in der Berliner Singakademie nahm Erklärungen namhafter Vertreter dieser Verbände gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand entgegen. Dem Reichstag lag ein Gesetzentwurf, der den Abbau der öffentlichen Betriebe forderte, vor. Die Industrie- und Handelskammern bemühten sich, örtlich durchzusetzen, was im Reichsmaßstabe nicht gelingen wollte. Der Städtetag wurde auf den Plan gerufen. Er verteidigte in einer Denkschrift noch im selben Jahre die kommunalen Regiebetriebe.

Dann wurde es stiller in diesem Kampfe, bis nun neuerdings wieder die großen Kanonen hervorgeholt wurden. Ungeachtet der Tatsache, daß der Staat von vielen Unternehmungen rein privater Art um oft sehr weitgehende Finanzhilfe ersucht wird, bekämpft man seine wirtschaftliche Betätigung. Es scheint kein Zufall zu sein, daß die Unternehmer in der Zeit starker Beschäftigung den Kampf gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand weniger stark betreiben als jetzt in der Zeit des Auftragsmangels. Ggistenjorgen diktiert den nun wieder so verzweiflungsvoll geführten Kampf. Auf der ganzen Linie wird vorgegangen. Bald ist es die Wirtschaftspartei, bald die Volkspartei, die in den Parlamenten Anträge zur Einschränkung der öffentlichen Betriebe einbringen. Aber auch die Deutschnationalen stehen keineswegs uninteressiert beiseite. Dann wieder konzentrieren die Führer in ihren Kampfe auf die Konkurrenz städtischer Fuhrämter. Der „Reichsverband des Deutschen Gartenbaues“ kann die Gartenämter der Städte als selbständige Betriebe nicht leiden. Es war ein Mitglied dieses Verbandes, das im Preussischen Landtag vor Monaten die Liquidierung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden und Gemeindeverbände forderte. Der Mittelstandsausschuß der Konservativen Volkspartei Dresdens befaßte sich zu gleicher Zeit in einer Entschließung mit den Regiebetrieben der Städte. Dabei vertieg er sich zu dem ganz offenkundigen Schwindel, daß eine Rentabilität der Regiebetriebe fast an keiner Stelle nachzuweisen sei. Die letzten zwölf Jahre hätten unzweideutig die Ueberlegenheit des wirtschaftlichen Betriebes durch den selbständigen und selbstverantwortlichen Unternehmer erwiesen. Irgendwelche Fortschritte des Wirtschaftslebens seien durch die Regiebetriebe nirgends entstanden, es seien nur schwere Schädigungen zu verzeichnen. Von der Verwaltung des Reiches und in unserem Sonderfall von der Regierung des Freistaates Sachsen wird deshalb eine entschiedene Einwirkung auf die Gemeinden im Sinne eines Abbaues von Betrieben der öffentlichen Hand gefordert.

Das sächsische Wirtschaftsministerium veröffentlichte schon im Vorjahre im Ministerialblatte für die sächsische innere Verwaltung eine Verordnung, die den privaten Unternehmern weitgehend entgegenkam. Da wurde im Hinblick auf die schwere Notlage des Handwerks den Gemeinden dringend empfohlen, bei Vergabung von Aufträgen nicht grundsätzlich dem billigsten Anbieter den Zuschlag zu erteilen. Die Begründung für diese Empfehlung ist wert, für alle Zeiten gut vorgemerkt zu werden. Das Ministerium ist der Meinung, daß billige Angebote minderwertige Arbeiten darstellen oder aber den Arbeitgeber in den Konkurs treiben, wodurch die Arbeitslosigkeit nur noch vermehrt werde.

In den Stadtparlamenten wurden immer wieder Anträge gegen die Regiearbeit eingebracht. Im Sächsischen Landtag wurde am 9. Februar 1932 ein von der Wirtschaftspartei eingebrachter, vom Rechtsausschuß bearbeiteter Antrag gegen die Regiebetriebe mit 44 gegen 43 Stimmen angenommen. Danach sind die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften anzuweisen, einen planmäßigen Abbau eigener Regieunternehmungen — mit Ausnahme der öffentlichen Versorgungsbetriebe — bis zu ihrer

völligen Beseitigung vorzunehmen. Im Antrag wird gesagt, daß die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden gegen den klaren Wortlaut des Artikels 164 der Reichsverfassung verstoße.

Ein zweiter Teil des Antrages, der die Sperrung von Unterstützungen aus staatlichen Geldmitteln an Gemeinden mit zuschußbedürftigen Regiebetrieben forderte, verfiel der Ablehnung. Ende März hat die deutschnationale Fraktion eine Anfrage im Sächsischen Landtag eingebracht. Die Durchführung des am 9. Februar 1932 angenommenen Antrages lasse zu lange auf sich warten, deshalb wird gefragt:

1. Welche Gründe haben die Regierung bewogen, den Beschluß des Landtages, die Unterbindung der Regietätigkeit bei den Gemeinden betreffend, noch nicht durchzuführen?

2. Ist die Regierung bereit, umgehend den Beschluß des Landtages durchzuführen und dem gewerblichen Mittelstand in Sachsen den feierlich zugesagten Schutz im Sinne von Artikel 164 der Reichsverfassung zu gewähren?

Der sogenannte „Langnamverein“ hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der u. a. auch eine Untersuchung der Frage verlangt wird, „wie weit die kommunalen Unternehmungen zweckmäßigerweise der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen und privaten Wirtschaftsträgern überlassen werden sollen“. Leitender Gesichtspunkt dieser Prüfung soll die Beseitigung des heute besonders unerträglichen Wettbewerbs der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft sein.

Untern 15. Februar 1932 haben sechs Arbeitgeberorganisationen eine Denkschrift gegen die Regiearbeit im Tiefbau herausgebracht. Federführend dürfte der „Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes e. V.“ gewesen sein. Die Schrift wendet sich gegen die Regiearbeit der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden im Straßenbau und im sonstigen Tiefbau. Aber auch gegen die Eigenarbeiten der Reichsbahn und der Reichspost wird in dem allerdings nur 49 Seiten umfassenden Heft Stellung genommen. Nach dem überaus langen Titel der Denkschrift soll auch die Regiearbeit mit Wohlfahrtserwerbslosen und die Regiearbeit im freiwilligen Arbeitsdienst behandelt werden. Das Ganze stellt sehr dürftig aneinandergereihte Behauptungen und Mitteilungen dar. Wenn man diese unbewiesenen Behauptungen glauben wollte, dann müßten alle Regiebetriebe Kumpelkammern und ihre Leiter unfähige Trottel sein, während die Privatwirtschaft und ihre Führer die Unfehlbarkeit selbst darstellten. So ist es doch beileibe nicht. Wirtschaftsdruck, städtische Finanznot und öffentliche Kontrolle haben hier und dort noch vorhandene, weniger gut geleitete Regiebetriebe zur Verbesserung der Betriebsführung gezwungen. Unsere Gemeindebetriebe, die längst auch weitgehende Einschränkungen durchführten und sich laufend dem technischen Fortschritt anpassen, werden auch das gegenwärtige, groß angelegte Trommelfeuer überstehen. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden liegt in der Richtung kommender Wirtschaftsentwicklung. Aller Anträge und Denkschriften zum Trost werden die öffentlichen Gewalten ihre starke Hand immer fester an das Steuer der Wirtschaft legen müssen.

O. Kurpat.

Landstraßenwärter

Dommeren. Zum zweiten Osterfeiertag hatte die Bezirksleitung die Wegewärter der 16 vor- und mittelpommerischen Kreise aus den Regierungsbezirken Stettin und Straßburg zu einer Tarifkonferenz zusammengerufen. Es galt Stellung zu nehmen und zu beschließen, ob der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes zum dritten Nachtrag zum Bezirksarbeitsvertrag angenommen oder abgelehnt werden sollte. Nach reiflicher Aussprache wurde der Vorschlag zum dritten Nachtrag mit Mehrheit angenommen. Damit gilt die vom Bezirksarbeitsgeberverband ausgeprochene Kündigung als zurückgenommen und der Bezirksarbeitsvertrag sowie die ab 1. Januar 1932 geltenden Löhne laufen unverändert bis zum Ende des Geschäftsjahres, d. i. der 31. März 1933, weiter. Der dritte Nachtrag bringt den Fortfall der bisher geltenden Hausstandszulage von 3 Pf. für die Stunde. Die Hausstandszulage konnte leider nicht mehr gehalten werden, da sie auf Grund der Zweiten Notverordnung fallen mußte und auch in den Tarifverträgen des Reichs, der Staaten und der Gemeinden nicht mehr gewährt wird. Unsere Verbesserungsanträge, die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage sowie die Lieferung von wasserdichter Schuhkleidung, wurden vom Arbeitgeberverband wohl anerkannt, aber abgelehnt mit der Begründung, daß die Finanznot der Kreise keine Mehrbelastung zur Zeit ertragen könne. Es wird einer anderen Zeit vorbehalten bleiben müssen, unsere abgelehnten Anträge zu verwirklichen. Unseren Kollegen Wegewärtern rufen wir zu: **Halte treu zur Organisation!**

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Werbt trotz alledem!

Ja, trotz der schweren Krise, trotz der großen Arbeitslosigkeit im Beruf werden wir! Wir wissen, daß in Berlin 2500, in Breslau 350, in Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M. je 300, in München 400, in Dresden 500 Kollegen noch ohne Stellung sind und es in allen anderen Orten nicht besser ist. Wir wissen, daß auch in den städtischen Gartenverwaltungen statt Neueinstellungen Entlassungen vorgenommen werden, daß in der Landschaftsgärtnerei fast alles brach liegt. Trotzdem aber wollen wir werben!

Warum? — Weil es immer noch zahlreiche Kollegen gibt, die den Weg zur Organisation nicht gefunden haben, weil dieser ihnen von den Unternehmern mit Androhung der Entlassung verbaut wird, weil immer noch viele Kollegen Ursache und Wirkung verwechseln und der Gewerkschaft die Schuld an den Verhältnissen zuschreiben. Sie haben noch nicht erkannt, daß es ohne Verband noch viel, viel schlimmer aussehen würde, daß die Unternehmer ohne Gewerkschaft bei 12- bis 15stündiger Arbeitszeit einen noch geringeren Lohn zahlen würden. Das ist nicht übertrieben. Schon heute arbeiten Kollegen nur für Kost und Wohnung oder für ein geringes Taschengeld. Wollten doch die Unternehmer in Ostpreußen, die sich bereits im September 1931 zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bekannten, daß während mehrerer Monate im Jahre die Gehilfen ohne jeden Lohn arbeiten sollten! — Im Freistaat Sachsen fordern die Unternehmer jetzt eine Verlängerung der Arbeitszeit noch über neun Stunden täglich hinaus, trotz der furchtbaren Arbeitslosigkeit! Trotz niedrigster Löhne kündigten die Unternehmerorganisationen uns die Lohnsätze bisher in Bayern, Sachsen und für die Blumengeschäfte.

Beseitigung der Tarifverträge, dieser von den Gewerkschaften errichteten Schutzmauern, ist also das Ziel der Unternehmer überall. Mit Hilfe der Tariflosigkeit und der Arbeitslosigkeit wollen sie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse um ein halbes Jahrhundert wieder zurückwerfen. Dabei rechnen sie auf die Hilfe der sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die als größte Feindin aller Arbeiterrechte sich schon zur Genüge demaskiert hat. Sie muß es sein, um ihre Gelbgeber im Lager der Arbeitgeber zu befriedigen. Was von dieser „Arbeiter“partei zu erwarten ist, zeigen folgende Tatsachen:

Im „Völkischen Beobachter“ vom 3. April 1931 schrieb Prof. Fritz Behn: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden.“ — Am 7. November 1931 sagte Dr. Otto Wagner im Auftrage Hitlers vor den Bank- und Industrieherrn in Düsseldorf: „Künftig werden die Betriebsräte den Unternehmer beraten. Entscheiden muß natürlich der Unternehmer. ... Wir sind grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung.“ — In der Düsseldorfer Nazizeitung „Volksparole“ war am 22. Mai 1931 zu lesen: „Die Frage Tarifverträge im Dritten Reich dürfte also durch die bisherigen Ausführungen insofern beantwortet sein, als wir Tarifverträge als schädliches Produkt einer nicht im Interesse der Volksgesamtheit liegenden Zweispieltätigkeit grundsätzlich ablehnen.“ — Das Kölner Naziorgan „Der westdeutsche Beobachter“ schrieb in Nr. 193 Jahrgang 1931: „Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir den Streik im Kampf um die wirtschaftliche Selbstbehauptung und die soziale Besserstellung der Arbeiter ablehnen, wenn er sich auf wirtschaftliche Forderungen stützt.“

Eine Partei mit solchen Grundsätzen ist natürlich das Ideal unserer rückständigen Krauter. Damit ist aber für unsere Kollegen die Situation klar beleuchtet. Es ist Gefahr im Verzuge wie noch nie zuvor, und deshalb heißt es: **Werben und aufklären!** Nie gab es deutlichere Beweise für die Notwendigkeit einer straff disziplinierten Gewerkschaftsorganisation wie jetzt. Noch nie war die Aufklärung und die Agitation nötiger als jetzt. Deshalb gilt für alle Kolleginnen und Kollegen die Parole: **Hinein in die Betriebe, um die Abseitsstehenden zu belehren und sie für den Organisationsgedanken reif zu machen.** Kein Betrieb sei zu klein oder zu entfernt, um unser Agitationsmaterial nicht hineinzubringen. Die gutorganisierte Werbearbeit ist jetzt die dringendste Aufgabe aller örtlichen Fachgruppen.

Der „Esel“ und der Tarifvertrag

Unter dieser Ueberschrift brachte am 6. März 1932 die „Arbeiterzeitung“ folgende Notiz:

„In der ausgedehnten Gärtnerei in B. besorgte ein Esel-einspanner die Lastfahren, die in Gestalt von Dünger, Töpfen und Stauden zwischen Treibhäusern und Beeten zu befördern waren. Der Pfleger und Führer des Grautieres war ein Mann, dessen Geist absonderlich, dessen Verstand gerade für diese Pflichten ausreichend. Sein Herz aber hing an dem Tier, dessen eselhaft störrischer Charakter sich in der hingebenden Fürsorge und liebevollen Behandlung zu arbeitswilliger Folgsamkeit wandelte. Es war eine Art Kameradschaft zwischen dem Tier und dem einfältigen Menschen.“

Der Besitzer der Gärtnerei gab dem Eselführer einen geringeren Arbeitslohn als seine anderen Gehilfen bezogen. Dies aber rief einen Sekretär der Gewerkschaft auf den Plan, der sich darauf berief: Der Eselführer erhalte nach den geltenden tariflichen Bestimmungen zu wenig Lohn, eine Ausnahme sei nicht vorgesehen und eine Abweichung von den Tariffäden nicht gestattet. Der Gärtnereibesitzer beugte sich der arbeitsrechtlichen Weisheit — und entließ den Freund und Führer seines Esels, da ein Mehr an Lohn für diese Arbeit nicht aufzuwenden war. Einem halbwüchsigen Jungen sollte das Grautier anvertraut werden.

Am nächsten Morgen aber erlebte man eine Ueberraschung: Durch kein Mittel, weder durch Schläge noch durch Zureden, war der Esel aus dem Stall zu bringen. Der Junge holte sich schließlich zwei kräftige Gärtnerburschen zu Hilfe. Ihren vereinten Kräften gelang es nach einstündigem Bemühen, den Esel aus dem Stall zu — tragen, ja es glückte sogar, den Esel einzuschirren. Damit aber war die erzwungene Nachgiebigkeit des grauen Tieres zu Ende: zu einer Fortbewegung hätte es mehrerer Pferdekraft bedurft. — Der Gärtnereibesitzer wurde gerufen. Er ließ den entlassenen Pfleger holen, der seinen Freund auf eine ganz eigene Art am Kopf streichelte und die langen Ohren kraute. Willig ließ sich der Starrkopf von ihm führen in unverkennbarer Freude der Wiedervereinigung mit seinem Wohltäter.

So geht alles wieder gut, im gewohnten Gang und zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Eine etwas mißverständliche Äußerung des Gärtnereibesitzers gegenüber dem Betriebsrat, der im Auftrage des Sekretärs der Gewerkschaft erneut Anstände erhob, schuf völlige Ruhe, nachdem sie dem Gewerkschaftsbeamten überbracht war; sie lautete etwa so: Der Esel hat an allem schuld!

Anstatt aus diesem Vorgang die einzig richtige Lehre zu ziehen, wird einer angeblichen Bemerkung des Gärtnereibesitzers die Deutung gegeben, der Gewerkschafter sei der Esel, der an allem schuld sei. Wer hier tatsächlich der „Esel“ ist, das zu erkennen, fällt nur Arbeitgebern schwer. Für alle anderen Menschen wird gerade der geschilderte Vorgang zum Beweis für die Berechtigung der vom Gewerkschaftssekretär erhobenen Forderung, auch dem Eselführer den vollen tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Denn nur der war imstande, mit diesem und offenbar auch mit anderen Eseln zu arbeiten. Dafür gebührte ihm unseres Erachtens noch ein besonderer Zuschlag, denn ohne die Anwendung dieser seiner Fähigkeit blieb doch auch die Arbeitskraft des Esels ungenutzt. — Solange der „Arbeiterzeitung“ diese Erkenntnis nicht kommt, gleicht sie zweifellos jenem Grautierchen in seinem störrischen Beharrungsvermögen.

Die Gefahren der Gewächshausheizungen

Im Aufsatz unter gleicher Ueberschrift in Nr. 13 stellten wir die Nachricht aus einer dänischen Gärtnerei voran, nach der neun Gärtnerlehrlinge einer Kohlenoxydvergiftung zum Opfer gefallen waren. Von dreien war der Tod berichtet worden. Aus späteren Berichten der Tagespresse geht hervor, daß mindestens drei weitere Lehrlinge gestorben sind. In einer Notiz heißt es sogar, daß auch die letzten drei der schweren Vergiftung erlegen seien. Hier haben sich jedenfalls die Gefahren der Gewächshausheizungen in ihrer ganzen Furchtbarkeit gezeigt, und daraus sollten alle sich ergebenden Lehren gezogen werden. Schluß an me neben und über solchen Heizungen dürfen in keinem Falle mehr geduldet werden.

Für die Frauen

Sozialarbeiterinnen in der Krise

Mehrere Jahrzehnte war die soziale Arbeit nicht Beruf, sondern Wohltätigkeit. Nur Frauen in gesicherter Stellung konnten sie ausüben. In der Leere ihres behüteten bürgerlichen Daseins verlangten sie nach einer zeitausfüllenden Beschäftigung. Einige der tiefer Sehenden und Fühlenden glaubten, in dieser Tätigkeit eine Pflicht der menschlichen Gesellschaft gegenüber zu erfüllen. Es galt als unstandesgemäß, eine Bezahlung für soziale Arbeit zu erhalten.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts trat durch die veränderte Wirtschaftslage eine Änderung ein. Die Frauen des Mittelstandes mußten einen Beruf ergreifen, der ihnen wirtschaftliche Selbstständigkeit gab. Sie mußten verdienen, um leben zu können. Auf der andern Seite wuchs die soziale Not durch unzählige Wirtschaftskrisen aufs höchste. Soziale Arbeit wurde Beruf. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich ihm hauptsächlich Frauen zuwandten.

Vor dem Kriege und während des Krieges erweiterte und vertiefte sich die soziale Arbeit. Es mehrten sich die Anforderungen an die sozialen Berufsarbeiterinnen. Neue Ausbildungsstätten entstanden, so die sozialen Frauenschulen. Fürsorgerinnen, Wohlfahrtspflegerinnen, Kindergärtnerinnen, Jugendleiterinnen und Hortnerinnen leisteten soziale Arbeit, die ja im tieferen Sinne immer mit Erziehungsarbeit verbunden ist. Im Gefüge des Staates wurden sie alle zu notwendigen Hilfskräften.

Seit einigen Jahren verschiebt sich diese Lage. Wenn es bis dahin hieß: „Je größer die Not, desto mehr soziale Berufsarbeit!“, so heißt es heute: „Je größer die Not, desto größer der Abbau der sozialen Arbeit.“ Ein Beruf, der ausdrücklich geschaffen ward, um soziale Not zu lindern, wird im Augenblick unerhörter Notstände seiner Wirkungskraft beraubt. Und damit zur Sinnlosigkeit verurteilt.

Wohlgemerkt: es handelt sich nicht darum, daß die Sozialarbeiterinnen nach langen Jahren der Berufsausbildung, durch die sich manche hindurchgehungen haben, nun keine Anstellung finden, wieder hungern müssen, ihre Arbeitskraft brachliegen sehen und also ihr Leben als überflüssig erkennen müssen. Dies Schicksal teilen sie mit Millionen anderer Menschen. Aber es handelt sich für diejenigen unter ihnen, die noch Arbeit haben — und so als glücklich gelten! — darum, daß dieser Arbeitsinhalt sinnlos geworden ist. Denn

Sozialarbeiterinnen sollen Nöte lindern, menschlich verstehend helfen in allen Fällen, da ein bürokratischer Apparat versagen muß; sie sollen die Härten einer unsozialen Gesellschaftsordnung ausgleichen. Das ist möglich durch Zuspruch, Ermutigung, materielle Hilfe, durch Pflege und Erziehung der Kinder, durch Erholungs- und Krankenfürsorge jeder Art. Nach den Notverordnungen ist fast nichts mehr von diesen Möglichkeiten vorhanden. Fast nirgendwo wird noch eine materielle Hilfe gewährt, die imstande ist, die „Not zu wenden“. Erholungs- und Krankenfürsorge wird in einem Maße eingeschränkt, daß eine gründliche Heilung illusorisch, eine vorbeugende Erholung unmöglich wird. Schulwanderungen und Speisungen fallen weg. Kindergärten werden geschlossen, die Zahl der Kinder für eine Kindergärtnerin, die Zahl der Schüler für eine Lehrkraft wird erhöht, so daß von individueller Fürsorge nichts mehr übrig bleibt. Zuschüsse streicht man. Kinderheime werden geschlossen, trotzdem man weiß, daß die Kinder sich von nun an auf der Straße umhertreiben müssen und der Verwahrlosung anheimfallen. Allein in Berlin hat man 36 Kinderbanden festgestellt, die sich zum Zweck des Diebstahls zusammengeschlossen haben, in Löchern übernachten und auf Raub ausziehen.

Soziale Arbeit ist im wesentlichen vorbeugende Arbeit; und gerade sie wird heute völlig unterbunden und unmöglich gemacht.

Wo noch sozial gearbeitet wird, macht das Leben diese Arbeit zunichte. Kindergärten und Schule erziehen zur Arbeit, zur Arbeitsfreude, zur Pflichttreue — und wenn diese Kinder ins Leben treten, ist keine Arbeit für sie da, und die vorhandene Arbeitsfreude vermehrt nur die Qual der Arbeitslosigkeit. Der Druck der häuslichen Erwerbslosigkeit ist so groß, daß er das Kinderleben durchtränkt. Stempeln gehen ist schon für Kleinkinder zum geläufigen Begriff geworden. Ihr „Beruf“ ist „Arbeitsloser“ zu werden. Sie besingen in Volksreimen die Arbeitslosigkeit. Im kindlichen Spiel bauen sie Fabriken, damit ihre Väter Arbeit bekommen. Die Proletarierkinder durchleben keine Kindheit mehr; ihr sogenanntes Leben ist ein Abklatsch der Erwachsenenmisere in ihrer ganzen Trostlosigkeit!

Die Sachlage wäre völlig hoffnungslos, wenn nicht bei den Sozialarbeiterinnen die Frage nach der Ursache der Wirtschaftskrise erwacht wäre. Hier beginnt sich ansehend ein Umwälzung vorzubereiten. Selbst in tiefes Elend hineingestossen, erwachen in ihnen jetzt Zweifel an der Berechtigung der herrschenden Gesellschaftsordnung. Und sie fangen an einzusehen, daß nur eine grundlegende Änderung hier Hilfe schaffen kann. Man hat den Eindruck, daß die Sozialarbeiterinnen heute reif geworden sind für den Gedanken des Sozialismus. Dies zu erkennen und auszuwerten, sollte eine unserer nächsten innerpolitischen Aufgaben sein. Hennrich Schumacher.

Unsere Jugend

Jugendnot und Jugendhilfe

Groß ist die Zahl der Jugendlichen, die heute ohne Arbeit und Einkommen dastehen. Damit sind alle Gefahren verbunden, die den Jugendlichen aus seiner geraden Lebensbahn herauswerfen können. Solange man jung ist, möchte man sich irgendwie betätigen, und wenn sich die Möglichkeit dazu nicht bietet, gerät man leicht auf die schiefe Bahn. Nachher ist es in der Regel zu spät, wieder in geordnete Lebensverhältnisse zu kommen. Aber es ist heute für die Jugend nicht leicht, um alle Klippen der Verführung herumzukommen. Zu Hause ist sie zumeist nicht gerne gesehen, da die Eltern mit sich selbst zu tun haben, und auf der Straße lauern Gefahren aller Art, die den Jugendlichen zum Verhängnis werden können. Daher tut der gegenwärtigen Zeit nichts nötiger als Arbeitsbeschaffung. Die politischen Jugendverfechter würden bald ab-wirtschaften, wenn es gelänge, der Jugend Erwerbsarbeit zu geben.

Die Gewerkschaften haben es an Vorschlägen nicht fehlen lassen, die wirtschaftliche Krise durch Arbeitsbeschaffung zu überwinden. Sie denken dabei auch an die Jugend, die seelisch und körperlich verkommen muß, wenn sie jahrelang ohne Beschäftigung ist. Sie betrachten es als ihre wichtigste Aufgabe, dort einzugreifen, wo Menschenleben auf dem Spiele stehen. Leider finden ihre Bestrebungen nur geringe Unterstützung. Die Unternehmer sabotieren jeden vernünftigen Vorschlag und das Reichsarbeitsministerium hat bisher auf diesem Gebiete eine unbegreifliche Sorglosigkeit gezeigt. Bis heute hat es noch immer nichts darüber verlauten lassen, wie es mit der Finanzierung der von den Gewerkschaften geforderten kulturellen Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen steht. Inzwischen vermehrt sich das Elend der Jugend, und fast kein Tag vergeht, wo man nicht von einer Jugendtragedie liest.

Die Wohlfahrtsverbände haben kürzlich auf einer Konferenz in Berlin an die Regierungen folgende Forderungen gerichtet:

„Die Konferenz fordert mit allem Nachdruck, daß die Einrichtungen der Jugendhilfe so leistungsfähig erhalten werden, daß ihre Wirksamkeit der steigenden Not gewachsen bleibt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Behörden und Öffentlichkeit auf die Notprogramme, die für die einzelnen Gebiete von den sozialhygienischen Verbänden, von dem Interkommunalen Ausschuss für das Gesundheitswesen, von dem Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände, von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendberufshilfe- und Heilfürsorge, von der deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt aufgestellt sind, und setzt sich für deren Beachtung ein. In einem Staat, der sich und seine Zukunft nicht selbst aufgeben will, muß in Zeiten der Not der Schutz der Jugend an der Spitze aller Hilfsmagnahmen stehen.“

Neben dem Ausbau der Jugendhilfe sind aber heute praktische Maßnahmen notwendig. Diese Maßnahmen müssen sich auf die Erhaltung des Arbeitsplatzes für den Jugendlichen erstrecken. Die Unternehmer müssen gezwungen werden, die Jugendlichen weiterzubeschäftigen, wenn nicht ganz triftige Gründe die Entlassung notwendig machen. Dies gilt vor allem für die Lehrklinge, die heute zumeist mit der Schließung des Betriebes hinausgeworfen werden. Sie haben einen Beruf angefangen, den sie jetzt nicht zu Ende lernen können, alles ist umsonst gewesen. Warum sollen die Fabriken und Werkstätten leerstehen? Es wäre tausendmal besser, wenn hier sich die Jugend in ihrem Berufe vervollständigen würde, als daß die Werkzeuge verrotten. Auch die Jugendlichen, die keinen Beruf erlernen, können hier unter sachmännischer Anleitung sich Kenntnisse erwerben, die sie im späteren Leben verwenden können. Damit wäre unseren Jugendlichen schon sehr viel geholfen.

Der Führer der Schwerindustrie, Dr. Döglar, hat kürzlich einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Die Gewerkschaften sind bereit, diesem Vorschlag näherzutreten, wenn die Unternehmer dabei nicht den Hintergedanken haben, auf diese Art und Weise zu billigen Arbeitskräften zu kommen. Döglar schlägt vor:

„Sollte man nicht versuchen, den Jugendlichen eine Zeitlang irgend-eine grundlegende Arbeitsschulung zu geben, sei es an Schraffstock und

Sobelbank, sei es am Schmiedefeuer oder in der Formerei? Was die jungen Menschen dort lernen, werden sie im Leben immer gebrauchen können, ganz gleich, wie später ihr Lauf sein wird. Die Hauptsache ist, daß wir sie von der Straße kriegen, und ich glaube, gerade die Eltern werden uns auf diesem Wege gern helfen. An und für sich sind die Voraussetzungen für eine solche allgemeine Handwerksausbildung gegeben. Tausende und aber Tausende von Werkstätten stehen frei. Millionen von Werkzeugen sind ungenutzt. Es sind auch genügend Fachleute da, die sich als Lehrer in den Dienst der Sache stellen können. Irgendeine gegenseitige Verpflichtung kann ja leider nicht zustande kommen. Ich denke aber, die Werke werden, wenn man sie richtig vorbereitet, bereit sein, ihre Arbeitsstätten für solche Ausbildung zur Verfügung stellen, wenn ihnen keine neuen Belastungen zugemutet werden."

Dieser Vorschlag ist, wie gesagt, nicht undiskutabel. Er läßt sich verwirklichen, jedoch müssen die Unternehmer die Verpflichtung eingehen, die jugendlichen Arbeiter nicht als Ersatz für die Erwachsenen zu betrachten. Wenn damit die Unternehmer sich billige Arbeitskräfte verschaffen wollen, dann können die Gewerkschaften sich nicht dafür einsetzen. Vor allem ist die Sicherung der regulären Lehrzeit und Hilfe für die nach der Lehre entlassenen arbeitslosen Jugendlichen notwendig. Hier sündigen die Unternehmer schwer. Sie werfen bei Betriebsstillegungen und Einschränkungen die Lehrlinge mit auf die Straße und kümmern sich nicht um deren weiteres Schicksal. Was soll aus diesen jungen Leuten werden? Zeit und Geld wurde aufgewendet für die Erlernung eines Berufes, und jetzt sind sie plötzlich arbeitslos. Sehnsüchtig geht es den Jugendlichen, die ihre Lehrzeit beendet haben. Niemand will die Ausgelernten einstellen. Bei jahrelanger Arbeitslosigkeit verlernt der junge Gehilfe den erlernten Beruf, er hat keine Gelegenheit, sich darin zu vervollständigen. Bei den jungen Leuten ist, wenn sie keine Betätigung und Fortbildungsmöglichkeit bekommen, in den meisten Fällen die ganze Lehrzeit umsonst gewesen. Niemand will sie nach einigen Jahren im gelernten Beruf beschäftigen.

Hier haben die Unternehmer die Möglichkeit, für Abhilfe zu sorgen. Sie können den Vorschlag Döglers in weitgehendem Umfang verwirklichen. Die Gewerkschaften haben gegen die Unsitte, die Lehrlinge und Ausgelernten zu entlassen, schon immer angekämpft

E. U.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Bei der Reichspräsidentenwahl im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 erhielten Stimmen: Hindenburg 19 359 642 = 53 Proz. (18 650 730 = 49,6 Proz.); Hitler 13 417 460 = 36,8 Proz. (11 359 285 = 30,1 Proz.); Thälmann 3 706 388 = 10,2 Proz. (4 983 197 = 13,2 Proz.) — An der Wahl beteiligten sich 36 491 694 = 82,9 Proz. (37 889 626 = 86,2 Proz.). Die eingeklammerten Zahlen sind die vom 13. März. Duesterberg erhielt damals 2 557 876 Stimmen.

Der unzuverlässige Landrat von Reidenburg, Reichmann, wurde zur Disposition gestellt.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat gegen den Terror der Nationalsozialisten verschärfte Maßnahmen in Aussicht gestellt und Innenminister Dr. Stübel hat im Landtag von der Bevölkerung verlangt, den Nazibanden unerschrockener als bisher entgegenzutreten.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Nazikaserne, die in der Hedemannstraße im Haus der Gauleitung der Nationalsozialisten untergebracht war, geschlossen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 31. März 6 031 000. Das sind 98 000 weniger als am 15. März.

Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen erreichten Ende Februar die Summe von 9,98 Milliarden Mark.

In Ungarn ist ein erneuter Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und der Regierung ausgebrochen wegen des Verbots des sozialdemokratischen Zentralorgans. Die Budapester Buchdrucker haben die Arbeit niedergelegt, so daß keine Zeitungen erscheinen. Mit den Streikenden haben sich große Arbeitergruppen solidarisch erklärt.

Das Revolvententat auf den deutschen Botschaftsrat v. Twardowski in Moskau wurde durch Todesurteile gegen die Attentäter gesühnt.

Die Londoner Viermächte-Konferenz, die über die finanzielle Lage der Donaufstaaten verhandelte, ging ohne besonderes Ergebnis am 8. April auseinander.

Ein Revolvententat auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther wurde am 9. April kurz vor der Abfahrt des Reichsbankpräsidenten nach Genf auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin verübt. Dr. Luther hat nur einen Streifschuss am Arm erhalten. Die Täter, frühere Nationalsozialisten, wurden verhaftet.

Eine nationalsozialistische Tscheta-Zelle wurde in München aufgedeckt. Die Zelle hatte, wie jetzt bekannt wird, bereits den Auftrag, den Stabschef Hitlers, Röhm, den Führer der SS., Himmler, den außenpolitischen Mitarbeiter Röhm, Sell, und den Chef der Nachrichtenabteilung, Graf du Moulin-Gaetz zu beseitigen. Daraufhin hat die Polizei in München sechs Nordbergschwärzer der Nazi-Tscheta verhaftet.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Heinrich Limbergh gestorben. Der Schnitter Tod scheint ununterbrochen Ernte unter den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung zu halten. Nach den großen Verlusten der letzten Zeit müssen wir wieder den Tod eines braven Kämpfers melden. Am 3. April starb der Kollege Heinrich Limbergh, Redakteur der „Bergbau-Industrie“. Organ des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes. Limbergh war ein Sohn der roten Erde. Er wurde am 10. September 1874 bei Dortmund geboren. Wie es bei der Proletarierjugend des Industriegebiets nicht anders zu erwarten war, mußte er im Bergbau Beschäftigung suchen. Im Jahre 1902 wurde Limbergh Arbeitersekretär in Iserlohn. Hier hat er den ersten großen Streik in der westdeutschen Metallindustrie geführt, der mit einer Aussperrung der Unternehmer beantwortet wurde. Limbergh mußte diese Führertätigkeit mit Gefängnis büßen. Im Jahre 1908 wurde er Redakteur der „Essener Arbeiter-Zeitung“. Als das Pressebüro der Sozialdemokratischen Partei in Rheinland und Westfalen errichtet wurde, übernahm Limbergh dessen Leitung. Eine Unmenge von Material und viele Schriften sind in dieser Zeit aus der Feder des Kollegen Limbergh über das Scharfmärtertum der rheinisch-westfälischen Großindustrie veröffentlicht worden. In unzähligen Versammlungen war Limbergh als Redner tätig. 1919 wurde er Mitglied der Preussischen Landesversammlung und von 1921 bis 1924 war er Mitglied des Preussischen Landtages und Vorsitzender der Fraktion. Seit 1924 gehörte Kollege Limbergh dem Reichstag an. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“, der heutigen „Bergbau-Industrie“, übernahm Limbergh im Jahre 1923. Er war einer jener zähen und unbeirrbarer Führer, die das schwierige Agitationsfeld der westdeutschen Großindustrie mit eisernem Fleiß allen Schwierigkeiten zum Trotz bearbeitet haben. Sie sind ihren Jugendidealen bis zum letzten Atemzug treu geblieben. Kollege Limbergh mußte verhältnismäßig früh sterben. Sein Andenken werden die, die ihn kannten, für immer in Ehren halten.

Internationale Rundschau

Internationale Gewerkschaftskonferenz in Genf. Die Ausdehnung und die ungeheure Schwere der Weltwirtschaftskrise, deren erschreckender Ausdruck ein 25-Millionen-Heer von Arbeitslosen ist, läßt nur geringen Raum für die Hoffnung, daß es einem einzelnen Lande gelingen könnte, sich aus der Umstrickung der Krise aus eigener Kraft zu lösen. Trotzdem müssen in jedem Lande alle Kräfte für diese Lösungsversuche eingesetzt werden. Sie werden um so mehr Aussicht auf Erfolg haben, wenn außerdem versucht wird, durch großzügige internationale Maßnahmen eine Ueberwindung der Krise anzubahnen. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB.), die über 14 Millionen Mitglieder umfassende größte Arbeiterorganisation der Welt, hat deshalb seit geraumer Zeit die Initiative ergriffen, diese notwendigen internationalen Lösungen vorzubereiten und nunmehr alle auf dem Boden des IGB. stehenden Gewerkschaften zur Teilnahme an einer offiziellen Internationalen Gewerkschaftskonferenz eingeladen. Die Arbeitskonferenz in Genf erhält diesmal ein ganz besonderes Gepräge dadurch, daß diese Internationale Gewerkschaftskonferenz am 15. und 16. April in Genf abgehalten wird, nachdem die letzte Ausschusssitzung des IGB. im März 1932 in Bern die Anregung des Vorstandes aufs lebhafteste begrüßt und einstimmig bestätigt hat. Bedauerlicherweise hat sich der Amerikanische Gewerkschaftsbund nicht dazu entschließen können, diese Konferenz ebenfalls zu beschicken. Trotzdem bleibt der Rahmen der Konferenz so groß, daß man fast von einer „Weltgewerkschaftskonferenz“ sprechen könnte. Neben den 28 dem IGB. angeschlossenen Ländern, die fast alle in Genf vertreten sein werden, insbesondere auch Kanada, Argentinien und Palästina, werden von den europäischen Ländern noch Norwegen und Irland und von Uebersee Australien, Neu-Seeland, Indien, Japan, sowie eine ganze Anzahl mittel- und südamerikanischer Länder durch Delegationen ihrer Gewerkschaften vertreten sein. Außerdem nehmen an der Konferenz eine große Anzahl der Internationalen Berufssekretariate des IGB. teil. Der Rahmen der Konferenz, die im „Salle Communale de Plainpalais“ in Genf zusammentritt, ist also außerordentlich weit gespannt und wird das Interesse der breitesten Öffentlichkeit finden. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen werden keine Patentlösungen als Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise vorschlagen. In sachlicher, nüchterner Arbeit wird die vom Vorsitzenden des IGB., W. M. Citrine (Großbritannien) geleitete Konferenz vielmehr Wege weisen,

die die Krise lindern und das Riesenelend der Weltarbeitslosigkeit beheben können. In dem Bericht, den der Generalsekretär des IGB., W. Schevenels, der Konferenz erstattet, wird die Stellung der organisierten Arbeiterklasse gegenüber Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit scharf herausgearbeitet werden. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht ferner die Frage der Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Forderungen und Anstrengungen der Gewerkschaften aller Länder mit dem Ziel der Stärkung und Verbreiterung der internationalen Aktionen im Kampf um die Arbeitsbeschaffung, gesetzliche Einführung der 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche und Sicherung des Lohnstandards. Dadurch werden die in den verschiedensten Ländern bereits unternommen Schritte und Aktionen neuen Rückhalt und stärkste Förderung finden.

RUNDSCHAU

Braunschweigs Nazischande in englischer Beleuchtung. Die englische Zeitung „Manchester Guardian“ berichtet über die Nazischande in Braunschweig u. a.:

„Obgleich den Nazis, wie dem Reichsbanner, das Uniformtragen verboten ist, laufen jene in Braunschweig doch in ihren braunen Uniformen herum. Jeder motiviert irgendeine Unregelmäßigkeit — er geht z. B. ohne Mütze oder trägt einen gewöhnlichen Mantel — und auf diese Weise wird der Nazi in Braunschweig von der Polizei und von den Gerichten aus nicht als uniformiert betrachtet, so daß Schwärme von jungen Leuten, die man in Berlin und München verhaften würde, in Braunschweig frei herumlaufen. Die Nazisturmtruppen, SA-Männer, haben Quartiere, die sie wie Kasernen benutzen. Eines dieser Quartiere ist eine Villa in dem besten Viertel der Stadt. Sie haben auch Lastkraftwagen, in denen sie mit großer Geschwindigkeit herumfahren. Ueber dem Kühler flattert die Patentkruzfahrtscheibe. Die Seiten des Lastautos sind zum Herunterklappen, so daß die Insassen sofort herunterspringen können. Wo eine wirkliche oder angebliche Unruhe herrscht, rasen die Lastautos an den betreffenden Ort.“

Die Sturmtruppen springen herunter, Schläge mit Knüppeln, Totschlägern, Schlagringen werden von rechts und links ausgeleitet, Arme, die zur Selbstverteidigung erhoben sind, werden gebrochen und mit Stielen überjät und sich beugende Rücken und Schultern werden grün und blau geschlagen.

Sin und wieder fallen auch Schüsse, und Messer werden gestoßen. In wenigen Minuten ist alles vorbei. Die Nazis klettern in ihre Wagen zurück und laufen ab. Die ankommende Polizei findet einen Mann tot oder mehrere, die ohne Bewußtsein mit Gehirnerschütterungen daliegen. Andere wieder, die sich davonschleppen, die Hände über den durch Messerschläge verwundeten Leib gelegt, oder sie halten die Hände an den verwundeten Kopf, von dem das Blut auf das Pflaster tröpfelt. Die Verwundeten sind manchmal Reichsbannerleute, manchmal ist auch ein Kommunist dabei, manchmal sind es zufällig Vorübergehende. Sehr selten findet sich unter den Verwundeten ein Nazimann.

Niemals ist irgendeine wirkliche Ursache für solche Angriffe, niemals eine Unruhe, mit der die Polizei nicht mit Leichtigkeit fertig werden könnte. Gewöhnlich war überhaupt keine Ursache für den Angriff, sondern nur eine Vortäuschung unter der Parole „Kameraden in Gefahr“, die nur als Vorwand für den Überfall dient. Das Auto mit seiner Last von Salunken kann fast jeden Tag gesehen werden und man kann jederzeit sich vor den Quartieren aufhalten, in denen die Sturmtruppen wohnen, essen, schlafen, Posten setzen, ihren Sold empfangen, kommen und gehen und in ihren braunen Uniformen, die angebliche keine sind, herumstehen.

Nichts geschieht, um diesen Gemeinheiten Einhalt zu gebieten. Die, die schuldig sind, andere schwer verletzt oder Mord begangen zu haben, sind selbstverständlich nie festzustellen und die Sturmtruppen bleiben unbehelligt, ob sie in ihren Lastautos fahren oder sich in ihren Kasernen aufhalten. — Würden die Kommunisten nur einen Bruchteil von dem tun, was sich die Nazis in Braunschweig erlauben, so würde die Strafe eine sofortige und drastische sein. Uniformen, Lastautos und Kasernen würden über Nacht verschwinden... Heute habe ich ein Dutzend — nur ganz wenig unter sehr vielen — von denen aufgesucht, die im Laufe des März von Nazis schwer verletzt worden sind. Es ist einfaches Arbeitsvolk, das mit keinem Streit gehabt und nie die geringste Provokation begangen hat. — Die Mehrzahl der Überfälle in letzter Zeit ist nicht in der Stadt Braunschweig, sondern in den umliegenden Dörfern geschehen. In einem dieser Dörfer zum Beispiel gingen mehrere Männer und Frauen nach einer Zusammenkunft nach Hause. Es war dunkel, und plötzlich kam ein Lastauto heran.

Es gab schrille Pfeifensignale und der Kriegsruf der Nazis erklang: „SA. drauf, schlägt die Hunde tot!“ usw. Wie Wilde teilten die Nazis Schläge und Stiche aus. Sie trugen Blendlaternen, so daß sie selbst gut sehen konnten, aber schwer zu sehen waren.

Ein alter Mann wurde auf den Kopf geschlagen und erhielt einen Messerschlag in den Unterleib. Er wurde bewußtlos und blutüberströmt aufgesetzt. Es geschah gerade am Abend vor der Präsidentschaftswahl. Der Verwundete ist immer noch Rekonvaleszent, bleich und sehr schwach. Sein Kopf und seine Weste zeigen noch den Schlag, wo das Messer durchgegangen ist. Seine Mütze ist mit geronnenem Blut bedeckt. Seine Frau war an diesem Abend bei ihm. Ein Licht, so erzählt sie, leuchtete mir plötzlich ins Gesicht. Sie hörte irgend jemand von dem Lastwagen herunterschreien: „Nicht auf die Frauen schlagen!“ Aber trotzdem fielen die Fiebe auch auf

sie. Sie hob ihre Arme, um ihr Gesicht zu schützen, und lief davon. Ihre Arme weisen noch immer die Stielen auf. — Bevor Herr Klages ins Amt war, waren solche Dinge in Braunschweig unbekannt...“

So sieht ein deutschfreundliches Blatt die Dinge in Braunschweig und damit in Deutschland überhaupt. Und das Schlimmste ist, daß die Schilderung nicht übertrieben, sondern wahrheitsgetreu ist, wie von deutschen Journalisten, die Braunschweig bereisen, bestätigt wird. Welcher Unterschied besteht hier noch zwischen Braunschweig und den fürchterlichen Zuständen in dem Italien des aufsteigenden Faschismus, über die die ganze Welt entsetzt war und heute noch ist? Die Reichsregierung sieht dem mit stolischer Ruhe zu. Höchstens, daß Herr Groener in Harzburg mit dem deutschnationalen Minister Kieckhefer von Braunschweig konferiert und dann der Welt lapidar verkündet, daß beide miteinander einverstanden seien. Den Nazifaustall ausräumen wird sonach nur die Eiserne Front und die Wähler, wenn sie von dem Nazidusel erwachen.

Uebergeschnappt. Wir hatten in Nr. 11 „Gew.“ glosiert, daß das Königsberger Naziblatt „Preußische Zeitung“ in ihrem Delirium Hitler bereits göttliche Ehren erwies. Diese Erscheinung scheint sich im Nazilager zum Massenwahnsinn auszuwachsen. Die ADBZ. vom 7. April ist in der Lage gleich zwei solcher Derrücktheiten festzustellen. In der „Eisenacher Zeitung“ stand folgendes zu lesen:

„Lasset vier Wochen nach seiner Wahl ins Land gehen, und ihr werdet den Segen des Nationalsozialismus zu spüren beginnen. Eure Acker werden freudiger grünen, eure Kühe und Pferde freudiger ihre Herren begrüßen, euer Angeblide euch freudiger gehorchen. Wissen sie doch, daß es nach dreizehn Jahren des Leides und der Schmach wieder bergauf gehen wird in Reich und Ländern, Städten und Dörfern.“

Im „Andreasberger Anzeiger“ schrieb ein Verzückter folgende Verherrlichung Adolfs:

„Hervorragendster Redner der Gegenwart, der bedeutendste Organisator der Gegenwart, der bedeutendste Agitator der Gegenwart, der hervorragendste Staatswissenschaftler und Schriftsteller im Weltall, ein Phänomen der Weltgeschichte, ein sogenannter Säkularmensch.“

Hierher gehört dann noch das Wahltransparent der Nazis, das in den Tagen vor dem 10. April in der Grunewaldstraße in Berlin-Schöneberg der staunenden Welt verkündete:

„Güter, die Auferstehung und das Leben.“

Nach der Naziideologie sind die Leute, die diese Narrheiten von sich geben, ebenso wie Hauptmann Röhm und andere Zierden der Hitlerbewegung, raffereine Vollmenschen, die sich erheben dürfen, alle anderen als minderwertige Untermenschen zu beschimpfen. Diese Sorte „Raffemensch“ will nun die Landtage von Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und die Hamburger Bürgererschaft erobern. Wir sind der Meinung, sie gehören nicht in die Parlamente, sondern ins Irrenhaus.

Das Problem Sowjetrußland. Auf einer Versammlung der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft wurde das Problem Sowjetrußland erörtert. Der Hauptreferent, Prof. Stehlin, faßte die persönlichen Eindrücke einer längeren Reise folgendermaßen zusammen: „Der Gesamteindruck von dem Schlangestehen in den Städten, von dem Menschengewimmel in den Moskauer „Tramways“ wie in den Bahnzügen der langen Taschkent-Moskauer-Strecke: daß die Massen, unendlich bedürfnislos und lebensfähig wie einst, dabei herzlich hilfsbereit untereinander, auch einen zweiten Fünfjahrplan durchhalten werden. Das Dritte: die Fülle äußerst schlagkräftiger Propagandakunst auf Schritt und Tritt, aufgebaut auf der einen Linie des Kampfes und der Verheißung, der niemand entgegen kann. Aber auch noch vier andere Momente springen ins Auge: das bei allen enormen Fortschritten des werktätigen Schaffens noch keineswegs restlos gelöste Problem der rechtzeitigen und gleichmäßigen Güterverteilung; die außerordentliche Schwierigkeit und vielleicht Unmöglichkeit der Loslösung des russischen Bauern aus seiner alten bäuerlichen Existenz, mehr noch im seelischen als im mechanischen Sinne; umgekehrt die anscheinend naturgemäße, auf dem neuen Beamtentum und der Abstützung der Arbeitslöhne beruhende Heranbildung eines neuen, wenn auch beschiedenen Bürgertums; endlich die antireligiöse Haltung der Regierung mit arg vermoderten Lehrlagen und der die Epoche Nikolaus I. übertreffende geistige Gemütszwang. Der Historiker aber wird feststellen, daß noch keine Umwälzung ihre letzten Ziele verwirklicht sah, daß vielmehr der Strom der Entwicklung Altes und Neues in seinem Lauf zu vermischen pflegt. Auch diese größte Umwälzung von allen wird davon keine Ausnahme machen. Doch die kapitalistische Welt hat heute mit Taten — politischer, wirtschaftlicher und vor allem geistiger Art — ihr weiteres Existenzrecht zu beweisen. Hoffen wir, daß es ihr gelinnet. Die Waage schwankt, und das Schicksal der Welt liegt auf der Waage.“

45 Millionen Rundfunkhörer auf der Welt. Hierunter steht zahlenmäßig an erster Stelle Deutschland mit fast 4 Millionen Hörstellen. Nicht weniger als fast 200 000 Teilnehmern (Blinden, Schwerkrriegsbeschädigten, Arbeitslosen usw.) ist in Deutschland die Zahlung der Rundfunkgebühr erlassen. Durchweg entfallen bei uns auf je 1000 Einwohner 58 Rundfunkhörstellen.

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

XV.

Als Blain, ausgemergelt von dem unaufhörlichen Fahren, aber lustig wie immer, einige Tage später nach London zurückkehrte, hätte Joan ihn herzen können.

„Hurra, Sie tüchtige Maib! Da bin ich wieder. Was macht das große Hauptquartier?“

„Es ist schon mehr ein Trödelladen“, entgegnete sie ihm mit einem wehmütigen Blick auf die ringsum aufgetürmten Stapel aller möglichen Gegenstände.

„Wann haben Sie zum letztenmal gegessen?“ setzte der immer praktische Blain sein Verhör fort.

„Ein Butterbrot um elf.“

„Und jetzt ist es sechs. Ein leerer Magen, mein Kind, ist die Quelle aller Schlappeit. Außerdem kann man mit einem Butterbrot keine blühende Gesichtsfarbe behalten. Das heißt — er blickte sie hänselnd an — „wenn Sie überhaupt noch eine haben.“

„So dick ist die Kruste?“ Joan rieb sich energisch das Gesicht mit dem Taschentuch und betrachtete voll Mißbilligung die Schmutzflecke auf dem weißen Leinen.

„Jetzt wird sofort gegessen. Wer ist Ihr Chef? ... Mrs. Gape? Keine Bange, ich werde den Drachen zähmen.“

„Hier ist der Drache!“

Blain wandte sich um zu Mrs. Gape, und Joan sah mit Erstaunen, wie sein offenes, natürliches Wesen zu einer steifen, reservierten Höflichkeit gefror. „Wenn es Ihnen nicht ungelegen sein sollte, Mrs. Gape“, sagte er mit einer korrekten Verbeugung, „so möchte ich Miß Craig, die seit heute morgen nichts gegessen hat, zu Tisch führen.“

Mrs. Gape, die von seiner kleinen Idiosynkrasie nichts ahnte, verlegte die zurückhaltende Art. Sie gab kurz ihre Zustimmung und kehrte an ihren Schreibtisch zurück.

Durch Wasser und Seife erquickt, sank Joan etwas später in einen weichen Sessel des Sylvan-Restaurants, das Blain gewählt hatte. „Sie essen jetzt — und vorher wird kein Wort geäußert“, kommandierte er.

„Gut, dann übernehmen Sie das Sprechen. Was haben Sie unterwegs erlebt?“

„Geduld, ich werde sofort beginnen.“ Er räusperte sich, zupfte an seinen Rockausschlägen und ließ eine tönende Phrase vom Stapel. Aber dann wurde er ernst. „Die Komitees arbeiten fast überall ausgezeichnet. Das beweist, wieviel organisatorische Fähigkeit unter den Arbeitern brachliegt in diesem einäugigen Lande, wo ein Arbeiter als „Hand“ bezeichnet und ihm verwehrt wird, zu denken. Duzende von Städten, die ich besuchte, werden durch reine Arbeiterräte gelenkt; auch das System der Passierscheine funktioniert tadellos. Es tut dem Herzen wohl, wenn man sieht, wie die großen Arbeitgeber mit dem Hut in der Hand um Erlaubnis zur Verfrachtung von Waren bitten. Oh, Joan, ich würde restlos glücklich sein, wenn auch mein Vater dazu gezwungen wäre. Aber wahrscheinlich stürbe er vorher an einem Schlaganfall.“

„Das ist alles gut und schön, solange der Streik dauert. Doch wehe...“

„Ich weiß“, fiel ihr Blain ins Wort. „Wehe, wenn wir verlieren sollten! Dasselbe sagte mir in Kessall ein Techniker namens Harry Browne. Ein ganz junger Mann, der aber nichtsdestoweniger seine Stadt glänzend organisiert hat. Jeder Arbeitgeber weiß, was er tun darf und was nicht, und da man ihn zur Innehaltung der vom Streikkomitee erlassenen Vorschriften zu zwingen vermag, wickelt sich alles ohne Schwierigkeiten ab.“

„Gott geb's, daß wir durchhalten können“, seufzte Joan.

„Wir werden durchhalten!“

„Können wir's wirklich, Gerry? ... Selbst wenn die Leute auf die Streikgelder verzichten sollten — sie müssen doch essen. Und wie wenige von ihnen besitzen ein paar Sparpfennige!“

„Nur nicht ängstlich werden. Wer die Jungens draußen sieht, glaubt an den Sieg.“

„Ach, Gerry, wenn ich nur nach draußen könnte, heraus aus diesem Bürogetriebe hier! Ueberhaupt weg von London.“

„Wo ist Anthony?“ fragte er ziemlich unvermittelt.

„Ich weiß nicht genau, nach dem Norden... Es wird Zeit für mich, wir wollen gehen?“

Am Eccleston Square wurde Joan bereits ungeduldig von Royd erwartet. „Wir haben einen Bericht erhalten“, begann er, ohne mit einer Begrüßung Zeit zu verlieren, „daß im Kessall-district eine sehr erregte Stimmung herrscht; die Techniker wollen verschiedene Versammlungen anberaumen. Sie müssen statt meiner hin, Joan, müssen die Leute beruhigen, müssen erreichen, daß die

Arbeit nicht schon jetzt, sondern erst am Mittwoch eingestellt wird. Tun Sie, was in Ihren Kräften steht. Ich hoffe, daß Mr. Blain einwilligt, Sie hinzufahren.“

„Das ist doch selbstverständlich.“

Nun schien für Joan Craig die Sonne wieder viel heller. Im Nu war eine kleine Handtasche gepackt, ein Zettel für Mary Maud geschrieben, dann nahm die Limousine Kurs nach Mittelengland.

Als der Wagen vor dem Gewerkschaftsgebäude von Kessall, dieser großen Stadt der Technik, hielt, eilte Harry Browne zu ihrem Empfang die Treppe hinunter. „Zuerst möchte ich Sie mit unserem Sekretär bekanntmachen“, lächelte er verschämt. Browne war ein kleiner, blasser junger Mann, an den unter gewöhnlichen Umständen niemand einen zweiten Blick verschwendet hätte. Aber in diesen wenigen Tagen der Nacht hatte er ganz bewußt dieses autoritative Wesen angenommen, das man irrtümlicherweise für das Resultat des sorgfältigsten Trainings einer herrschenden Klasse hält.

In der Versammlung schwirrten Joan die wildesten Gerüchte entgegen. Die einen erzählten, daß am nächsten Tage der Sieg proklamiert würde; andere, daß man die Bergleute im Stich lassen wollte; wieder andere berichteten, Churchill hätte mit Tankbatterien das Arbeiterviertel Londons völlig zerstört. Joans Ankündigung, daß die Techniker am Mittwoch worgen die Arbeit niederlegen sollten, wurde mit Jubel begrüßt. Endlich etwas Definitives! Endlich machte das Hauptquartier ernst! ... Als Joan in Begleitung Brownes und Gerald Blains die Versammlung verließ, drängte sich ein Greis an ihre Seite.

„Kann ich Sie einen Augenblick privat sprechen, Miß?“

„Aber gern“, erwiderte das junge Mädchen.

„Sie müssen nicht denken, daß ich meine eigenen Angelegenheiten in erste Reihe stelle“, druckte er. „Aber... aber sagen Sie mir bitte, ob es wirklich nötig ist, daß die Techniker streiken.“

„Ich bin überzeugt, daß es nötig ist. Möchten Sie sich anschließen?“

„Das nicht. Ich tue gern meine Pflicht, um den Bergleuten zu helfen. Nur... ja, sehen Sie, es handelt sich um das Folgende: ich habe bei derselben Firma fünfzig Jahre gearbeitet, und vom Dezember ab würde ich ein Pfund wöchentlich Pension erhalten. Wenn ich nun streike, verliere ich diese Pension — man hat mir schon mitgeteilt, daß man mir dann nichts zahlen wird.“

Joans Augen füllten sich mit Tränen. „Dann arbeiten Sie vielleicht besser weiter. Ein einzelner Mann fällt ja nicht so schwer ins Gewicht.“

„Mein, Miß, ich halte zu meinen Genossen. Ein Streikbrecher werde ich nicht, egal, wie es kommen mag. Besten Dank, Miß, für die Auskunft und auch für Ihre schöne Ansprache vorhin. Sie hat uns allen gutgetan.“

Er zog seine Mütze und ging langsam fort, Joan mit schwerem Herzen zurücklassend. War es nötig?... Hunderte würde das gleiche Schicksal treffen, wie diesen alten Mann!

Der nächste Tag verging in fieberhafter Arbeit, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte, so daß am Mittwoch Harry Brownes Mutter, bei der Joan wohnte, es für richtig hielt, ihren jungen Gast, der so gar nichts von Schönheit wissen wollte, nicht zur gewohnten Stunde zu wecken. Infolgedessen war der Morgen schon ziemlich weit vorgeschritten, als Joan, von Gewissensbissen gepeinigt, die Stufen zum Gewerkschaftshause emporhastete. Erregte Menschen füllten den Vorraum.

„Funkspruch!“ rief man ihr zu. „Der Generalkrat verhandelt in Downing Street.“

„Glaubt nur nicht alles, was dieser Flunkerapparat verbreitet!“ warnte sie fröhlich.

Als sie die Hand auf die Klinke von Brownes Zimmertür legte, hörte sie drinnen eine tiefe Männerstimme. Sie trat über die Schwelle.

„Anthony!“

„Joan!“

„Was tun Sie hier?“

„Auf der Rückfahrt vom Norden vernahm ich in Birmingham von einem Motorradfahrer, daß Sie in Kessall seien, und kam flugs hierher, um Ihnen die Neuigkeit mitzuteilen.“

„Welche? Ist etwas Wahres an der Konferenz in Downing Street?“

„Ich glaube, Joan, wir haben gewonnen!“

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelkirchplatz
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleifische Straße 42